



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 11
3. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, Fernsprech-Anschluß: Amt Lühnow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich M. 6. — ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer M. 2. — einschließlich ortsüblichen Teuerungszuschlages.

Berlin
1. Juni 1922



Pfingsten.

Pfingsten ist's wieder — Pfingsten mit all dem Wonnezauber des Sommers: die Wälder grünen, die Vögel singen ihr sonniges Lied, die Felder und Auen stehen in wonniger Blüte — Pfingsten . . . Die Liebe zog wieder ein und erweckte die kalte leere Winternatur zu neuem Leben: „Sende aus deinen Geist und alles wird neu geschaffen!“

Die Welt von heute ächzt und stöhnt unter dem bitteren Weh, das Kriegs- und Nachkriegszeit geboren, — die Menschheit ruft und ringt um den Geist, der Befreiung bringen soll aus der Not und dem Elend unserer Tage. Senua! War es nicht der Aufschrei der gequälten am Boden liegenden Menschheit, die um ihre nackte Existenz kämpft? Die Massen in allen Völkern wissen es, daß nur der Geist des Friedens und der Einigkeit, daß nur ehrliches Vertrauen und gemeinsames Zusammenarbeiten aller Völker die Menschheit herausführen kann aus dem Tal des Jammers zu lichterem Höhen! Und doch, Senua hat es auch wiederum von neuem gezeigt: Alle Arbeit am Wiederaufbau der vernichteten Staaten Europas scheitert letzten Endes an der Hartnäckigkeit und den Geldsackinteressen einer kleinen chauvinistischen Clique: Der Geist darf nicht herrschen — Mammon ist Trumpf!

Und unsere liebe Heimat an der Saar? Ruft es uns nicht auch von dort täglich entgegen: Du Tor, der du immer noch an ein Ideal glaubst, das eigentlich ein Idol ist! Völkerbund! Ja, wie erhaben ist die Idee: friedliche Zusammenarbeit der Regierenden aller Länder zum Wohle der gesamten Menschheit! Aber was hat man aus dieser Idee gemacht? Ein Zerrbild, den gequälten Völkern der zivilisierten Welt ein blutiger Hohn, den Wilden Afrikas aber ein Ergötzen an „Europas übertünchter Höflichkeit“. Im „Völkerbundsland“ an der Saar übt seit nunmehr zwei-einhalb Jahren eine Regierungskommission „im Namen dieses Völkerbundes“ eine Herrschaft aus, die an Autokratie und Rücksichtslosigkeit, an wirtschaftlicher Unfähigkeit ihrer Träger und politischer Knebelung eines hochentwickelten Volksstammes ihres gleichen sucht! Auch hier wird das Wohl eines friedlichen und arbeitsamen Völkchens dem Ehrgeiz und der Annektionsgier einer kleinen Gruppe untergeordnet: Der Geist darf nicht herrschen — Mammon ist Trumpf!

Und dennoch, wie auf die lange bange Winternacht der warme Sommertag gefolgt, so muß und wird auch im Völkerleben nach der dunklen Nacht einmal wieder ein lichter Tag anbrechen: die Gerechtigkeit bahnt sich ihren Weg allein!



Frankreich und die Saargruben.

Von Werner Pardoll.

Vorgänge der jüngsten Zeit lenken das Interesse der Öffentlichkeit erneut auf die Saargruben. Sie sind Frankreich nach den Bestimmungen des Versailler Zwangsvertrages in Eigentum übertragen, „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich“. Aus den Protokollen der Vorfriedensverhandlungen ergibt sich klar und deutlich, daß Frankreich seinen Anspruch auf die Saargruben damit begründete und zahlenmäßig „nachwies“, infolge der zerstörten Gruben Nordfrankreichs müßten Frankreichs Industrie und Wirtschaft ohne die Saargruben verkümmern.

Nachdem Frankreich die Saargruben nunmehr drei Jahre in Besitz hat, hat sich die merkwürdige Tatsache ergeben, daß Frankreich mit der Saarkohle nichts anzufangen weiß! Die ganze statistische Begründung der französischen Unterhändler wird durch die Tatsachen als Spiegelfechtereie gekennzeichnet. Die sonstigen Bestrebungen im Saargebiet lassen erkennen, daß Frankreich bei den Vorfriedensverhandlungen die Saargruben als wirtschaftliche Ausgleichsforderung nur vorschob, um damit seine politischen Ziele verdecken zu können. Die Lohderwirtschaft, der Uebermut der französischen Beamten, die Vernachlässigung aller sozialen und Arbeitergesetze im französischen Saarkohlenbetrieb erbringen den Beweis, daß Frankreich an den Saargruben absolut nichts liegt, wenigstens nicht das liegt, was es bei den Vorfriedensverhandlungen behauptet hat. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die französische Industrie ohne Saargruben verkümmern müßte. Frankreich erstickt heute schon auf Grund der von Deutschland geforderten Reparationskohle in den Brennstoffen und macht mit deutscher Kohle der englischen und belgischen die Konkurrenz, die es vor dem Kriege durch die französischen Zechen allein niemals machen konnte. Die Saarkohle, die an die hochwertige Ruhrkohle nicht heranreicht, findet in Frankreich so gut wie keine Verwendung.

Die Leidtragenden dieser ungesunden Kohlenpolitik Frankreichs sind die Saarbergleute. Man versprach ihnen zunächst goldene Berge, fing sie durch Vorspiegelung falscher Tatsachen für den Franken ein und verschaffte ihnen tatsächlich auch einige Wochen ein gutes Leben. Sehr bald aber, nachdem man glaubte, sie fest in der Hand zu haben, änderte man diese Politik, und zwar zum wesentlichen Schaden der Saarbergleute. Wegen Absatzmangels legte man zunächst Feierschichten ein, die sich so vermehrten, daß in kaum Jahresfrist 23 Feierschichten verfahren wurden, d. h. also, daß die Bergleute nur während 11 Monaten im Jahre Verdienstmöglichkeit hatten. Weiterhin baute man die Löhne ab, kündigte das Lohnabkommen und gestaltete damit die Lohnverhältnisse der Saarbergleute völlig unsicher und willkürlich. Während mit der Einführung der Frankenzahlung auf den Saargruben der Schichtlohn im Durchschnitt mit 21 Franken festgesetzt wurde, beträgt er heute für Hauer, d. h. für die bestbezahlten Bergleute, 16 Franken, während der weitaus größte Teil im Durchschnitt 11,25 bis 12 Franken pro Schicht verdient.

Dem Grundübel war jedoch damit noch immer nicht beizukommen, da Absatzmangel durch den Lohnabbau nicht behoben werden kann. Bei dem verhältnismäßig geringen Anteil des Lohnes der Bergleute an den Gesteinskosten der Kohle konnte ein Lohnabbau den Kohlenpreis kaum beeinflussen, solange nicht gegen die Lohderwirtschaft und gegen das unrentable Geschäftsgebaren der französischen Grubenverwaltung durchgreifende Änderungen durchgeführt wurden. Aus dem Munde französischer Abgeordneter hat man erfahren, daß man in Frankreich die Saargruben als einträgliche Pfunde für gewisse Ingenieure, Beamte angesehen werden, die sich kein Gewissen daraus machen, die Mißwirtschaft auf den Saargruben noch zu vergrößern. Diese Herrschaften denken auch gar nicht daran, ihr Wohlbefinden etwa einzuschränken, sondern versuchen, die verlangten Ersparnisse auf die Saarbergleute abzuwälzen.

Es ergibt sich nun das bezeichnende Bild, daß der deutsche Ruhrbergmann Uberschichten verfahren muß, damit Deutschland den überspannten französischen Forderungen an Reparationskohlen nachkommen kann, während der Saarbergmann wegen Absatzmangel für französische Saarkohle weiter Feierschichten verfahren muß. Die Saarbergleute erhoben daher wegen der fortgesetzten Feierschichten bei der französischen Bergwerksverwaltung Einspruch. Daraufhin wurde ihnen fastlächelnd erklärt, die Feierschichten könnten erst eingestellt werden, wenn zunächst 3000 Bergleute, die auf den Saargruben beschäftigt, aber außerhalb des Saargebiets wohnhaft sind, entlassen würden. Für jeden Kenner der Verhältnisse ist es ohne weiteres klar, daß für diese Absichten weniger wirtschaftliche als politische Gründe maßgebend sind. Man will den Stamm der alten Saarbergleute vermindern, damit den Zusammenhang der Saargebietsbevölkerung mit der Bevölkerung der deutschen Nachbargebiete lockern und durch die Drohung mit weiteren Entlassungen die verbleibenden Bergleute den französischen Forderungen und Absichten gegenüber gefügiger machen.

Es ist erklärlich, wenn sich infolge der angekündigten Entlassung von 3000 Bergleuten unter der Bergarbeiter-schaft eine außerordentliche Erregung bemerkbar machte. In Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter mit der französischen Bergwerksverwaltung erklärte letztere, daß die Entlassung der Bergleute nur dann verhindert werden könnte, wenn die Organisationen ihren Einfluß dahin geltend machten, daß Deutschland monatlich rund 200 000 Tonnen Kohle aus den Saargruben entnehme. Die in Frage kommenden Organisationen setzten sich hierauf mit den deutschen amtlichen Stellen in Verbindung. In Beratungen, die zwischen den Vertretern der Saarbergleute und dem Vertreter des Reichskommissars für die Kohlenverteilung und den amtlichen deutschen Stellen geführt wurden, wurde eine Verständigung erzielt dahingehend, daß Deutschland bereit ist, zur Verhinderung der Entlassung von Saarbergleuten eine größere Menge von Saarkohle regelmäßig zu beziehen.

Es ist also auch in diesem Falle wieder der Bereitwilligkeit deutscher amtlichen Stellen zu verdanken, die man sonst ängstlich von jeder Berührung mit dem Saargebiet ausschließt, daß die Folgen französischer Mißwirtschaft und der Verquickung politischer Ziele mit wirtschaftlichen Fragen sich nicht zum Schaden der Bevölkerung des Saargebiets auswirken. Es wäre in diesem Falle Pflicht der Saarregerung gewesen, ihren Einfluß in Paris geltend zu machen, damit einmal durch Herabsetzung des Saarkohlenpreises und zum andern durch Herabsetzung des von Frankreich verlangten Kontingents an Reparationskohle die Fördermöglichkeiten der Saargruben voll ausgenutzt und dadurch wirtschaftliche Schäden für die Bevölkerung des Saargebiets verhindert werden. Die Saarregerung, die seinerzeit bei der Frage der Einführung der Frankenzahlung dienstwillig ihre Hilfe geliehen hat, die heute noch den Standpunkt vertritt, daß die französische Besetzung im Interesse der Sicherheit französischen Staatseigentums im Saargebiet notwendig ist, findet keinerlei Anlaß, einzugreifen, wo schwerwiegende wirtschaftliche Interessen der Saargebietsbevölkerung auf dem Spiele stehen.

Am Rande sei bemerkt, daß die französische Bergwerksverwaltung von Deutschland für die Tonne Saarkohle 66,50 Franken verlangt, während sie dieselbe Kohle an Holland und Skandinavien für 45 Franken die Tonne liefert.

Vergleicht man alle diese Gesichtspunkte und Tatsachen mit der Begründung, die die französischen Unterhändler bei den Vorfriedensverhandlungen hinsichtlich des französischen Anspruchs auf die Saargruben gegeben haben, so erweist sich auch hier wieder, wie lügenerisch die Behauptungen Frankreichs waren, ohne Saargruben müsse die französische Industrie und Wirtschaft vollkommen verkümmern.

„Der Kampf der Saarbeamten unter der Völkerbundsregierung.“

Unter diesem Titel hat Oberpostinspektor Hugo Anshütz (früher in Saarbrücken, jetzt Frankfurt a. M.) die Geschichte des Streiks der Saarbeamten im August 1920 in einer Broschüre zusammengefaßt, die im Selbstverlag des Verfassers, Frankfurt a. M. (Wielandstraße 47), erschienen ist. Hugo Anshütz war bekanntlich der Vorsitzende des Beamtenbundes für das Saargebiet, der die Führung in dem Kampf um die wohl-erworbenen Rechte der deutschen Beamten im Saargebiet, um die Anerkennung der Rechte übernommen hatte, wie sie den deutschen Beamten im Saarstatut verbrieft sind. Da die Saarregierung einen Kampf um das Recht jedoch nicht kennt, so wurde Herr Anshütz nach Abschluß des Kampfes, nach Niederknüttelung des Rechts, der deutschen Regierung „zur Verfügung gestellt“, d. h. ausgewiesen. Er war ihr mißliebig — was gelten ihr Recht! Herr Anshütz, als bester Kenner der Beamtenfrage des Saargebiets, hat es übernommen, an Hand der Tatsachen und Dokumente die Entwicklung der Saarbeamtenfrage in einer Broschüre niederzulegen, die den statlichen Umfang von 88 Seiten aufweist. Das Werkchen ist eine einzige Anklage gegen die Saarregierung, die es fertig gebracht hat, das Recht in der Weise mit Füßen zu treten, wie es in der „Regelung“ der Beamtenfrage des Saargebiets geschehen ist.

Anshütz führt zunächst die Bestimmungen des Versailler Vertrages an, soweit sie auf die Beamtenfrage Bezug haben, gibt eine Darstellung der Vorverhandlungen mit der Besatzungsbehörde und kommt dann ausführlich auf die Verhandlungen mit der Regierungskommission zu sprechen. Man liest diese sachliche Darstellung nicht ohne innere Erregung über solches Unmoral, wie bei diesen Verhandlungen auf Seiten der Saarregierung zum Ausdruck kommt. Dem Präsidenten der Saarregierung, Herrn Rault, wird größter Wortbruch nachgewiesen, indem er seine am 30. April 1920 mit den Worten: „Ich gebe Ihnen hiermit das feierliche Versprechen ab, daß meine Zusagen auch gehalten werden!“ gegebenen Zusicherungen bereits am 8. Mai einschränkte bzw. nicht anerkannte. Am 30. April hatte Herr Rault mit der Hand auf dem Herzen versprochen, außer bereits eingestellten vier französischen Beamten keine weiteren Ausländer einzustellen. Schon am 8. Mai behielt er sich die Einstellung von Ausländern für die Bedürfnisse der Zentralverwaltung vor usw. Man sehe sich heute die Beamtenfrage der Saarregierung an. Nur vier Ausländer? Wortbruch! Pui, solchem Manne! Geradezu dramatisch sind die rein sachlichen Darstellungen des Streiks, die Verfolgung der Beamten und Bevölkerung durch schwarze und weiße Franzosen, die in Massen ins Saargebiet hineingezogen wurden. Anshütz schildert noch den Endkampf und gibt dann einen Ausblick, in welchem er sagt:

„... Achtet die Regierungskommission das Deutschtum der Bevölkerung, hält sie sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages, an die zu halten die Saarbevölkerung in zahlreichen Erklärungen sich bereit gefunden hat, bleibt die Saarregierung unparteiisch, treibt sie keinerlei Politik zugunsten des einen oder anderen, befragt sie nicht nur die Vertreter des Volkes bei Gesetzesänderungen, sondern nimmt sie Rücksicht auf ihre Meinung, dann wird auch im Saargebiet die fünfzehn Jahre lang ein erträgliches Verhältnis zwischen Saarregierung und Saarbevölkerung eintreten, dann wird auch das Wohl der Saarbevölkerung gefördert werden, das zu fördern die Regierungskommission ja als ihre vornehmste Aufgabe betrachten will!“ Will?

Die Broschüre sollte jeder, der sich für das Saargebiet interessiert, gelesen haben; sie gibt in ihrer Sachlichkeit einen Beweis dafür, welche Zustände im Saargebiet herrschten, heute noch herrschen. Die Broschüre sollten vor allem alle Mitglieder des Völkerbundes lesen, damit sie prüfen können, ob das die Völkerdemokratie ist, die der Völkerbund aufrichten, vertreten will.

Die „Soziale“ Saarregierung.

Der „Frankfurter Sta.“ wird aus Saarlouis geschrieben: Bisher hat man den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Saargebiet weismachen wollen, Deutschland allein trage die Schuld, daß sie so unzulängliche Renten erhalten. Das war schon deshalb Unsinn, weil die besondern Teuerungsverhältnisse hierzulande ja vor allem durch die Krankenpolitik der Regierungskommission verschuldet sind. Darüber hinaus aber geht das, was die interessierten Organisationen jetzt über die Verhandlungen erfahren, die zwischen Reichsregierung und Saarregierung kürzlich in Heidelberg stattgefunden haben. Die deutschen Vertreter haben sich dort außerordentlich bemüht, eine Erhöhung der Renten für das Saargebiet mit seinem hohen Preisniveau durchzusetzen. Sie haben einen Zuschlag von 400 Prozent vorgeschlagen und sich sogar im Namen des Reiches bereiterklärt, volle Zweidrittel dieses Zuschlages aus der Reichskasse

zu bezahlen, wenn die Saarregierung das letzte Drittel übernehme. Aber der Vorschlag wurde abgelehnt. Die Herren, die uns der Völkerbund zur Obrikeit gesetzt hat, haben für soziale Zwecke kein Geld übrig. Wie sollten auch sonst die Gehälter der höheren Beamten aufgebracht werden, die natürlich, schon weil sie zum großen Teile Ausländer sind, ganz andere Ansprüche ans Leben stellen müssen als die armen Kriegssopfer mit ihren Hungerrenten! Weiß man in Deutschland, daß hier der höhere Staatsbeamte von Klasse 9 ab zwischen 11½- und 33 000 Frs. bezieht? Das sind beim gegenwärtigen Kurs 280 000 bis über 800 000 Mark. Die Regierungsmitglieder müssen jeder mit 100 000 Frs., also heute mit 2½ Mill. Mark im Jahr auskommen. Man kann sich vorstellen, welche moralischen Eroberungen der Völkerbund und sein französischer Hintermann bei uns machen!

Diese Mitteilungen wurden in der „Saarbr. Landeszeitung“ noch dahin ergänzt: Die Kreiswohlfahrtsämter, die früher von der preußischen Regierung regelmäßige Zuschüsse erhielten, sind vollkommen lahmgelegt, weil sie von der Saarregierung seit Jahr und Tag keinen Pfennig, geschweige denn einen Centime erhalten haben. Von den 500 000 Mark, die im Haushaltsplan von 1921 zur Bekämpfung der Tuberkulose eingesetzt sind, ist nicht ein Pfennig verwendet worden. Dabei ist diese Krankheit in unserem Industriebezirk bekanntlich außerordentlich verbreitet, und in ihrem letzten Bericht an den Rat des Völkerbundes hat sich die Regierung gerühmt: „Die Abteilung für öffentliche Wohlfahrtspflege betrachtet den Kampf gegen die Tuberkulose als eine ihrer Hauptaufgaben.“ Ebenso hat man den Völkerbund angelogen mit der Behauptung, die Regierung habe den kostenlosen Transport der zur Verteilung an Arme bereitgestellten Kohlen gesichert. In Wirklichkeit haben die Kosten dieses Transportes 45 000 Frs. betragen. Von dem für Ausgabenpflege eingelegten Betrag von 150 000 Mark sind ganze 11 000 Mark verbraucht worden. Gar nicht verwendet wurden die bereitgestellten Beträge für Säuglingspflege (25 000 Mark). Vor mehr als einem Jahr hat die Abteilung Wohlfahrtspflege der Saarregierung bei Handel und Industrie eine große Sammlung veranstaltet. Von deren Einnahmen sind trotz der furchtbaren Not, die hier herrscht, mehr als 200 000 Mark noch nicht zur Auszahlung gelangt.

Die unmittelbare Verantwortung für diese merkwürdige „Sozialpolitik“ trägt das famose „Saarländische“ Mitglied der Regierung Herr Dr. Hector, der, wie das Blatt erinnert, seine Tätigkeit offenbar mit der Veranstaltung großzügiger Vorträge für Landräte und Kreisräte erschöpft zu haben glaubt. Ueber diese Vorträge hat er selbst das schöne Motto gesagt: „Auf diese Weise werde ich die Quellen der Armut verstopfen, damit auch der Minderbemittelte ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft werde.“

Die Saarbevölkerung wäre dem Völkerbund sehr dankbar, wenn er wenigstens in die uns mit absolutistischen Machtbefugnissen verwaltende Regierungskommission nur „nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft“ entsenden wollte.

Ein Jugendtag der Saarbergknappen.

Ein Jugendtag der christlichen Bergarbeiter des Saargebiets fand am 21. Mai im städtischen Saalbau zu Saarbrücken statt; die Beteiligung war außerordentlich groß.

Ein geschickt zusammengestelltes Programm brachte viele Abwechslungen. Der Männergesangsverein „Constantia“ Saarbrücken 2, unter Leitung des rührigen Dirigenten, Herrn Petry, trug zum guten Gelingen der Veranstaltung wesentlich bei. Jugendsekretär Schmitt begrüßte die Erschienenen, besonders den Knappendichter Ludwig Kessing und seine Tochter, die aus dem Ruhrgebiet gekommen waren, um sich hier der Saar-Bergarbeiterschaft vorzustellen. Der Arbeiterdichter selbst wurde stürmisch begrüßt und seine Tochter, die in formvollendeter Weise die Gedichte ihres Vaters rezitierte, fand genau wie der ergraute Dichter stürmischen Beifall. Ja, der Beifall wollte nicht enden, als Fräulein Kessing ein Gedicht vortrug: „Saar und Ruhr!“, welches mit den Versen schloß:

„Brüder, was kündet die Stunde der Uhr?

Deutsch müssen bleiben Saar und Ruhr!“

Die Festrede hielt der Jugendsekretär Ehren. Der Redakteur des „Saar-Bergknappen“, Kiefer wies darauf hin, daß nur eine wirkliche völkerveröhnende Politik nach den Grundsätzen des Christentums den Aufbau und die Wiedergesundung des deutschen Volkes bringen würde.

Abwechselnd kamen dann Bergmannsgedichte, die das Leben und die Gefahren des Bergmannes schildern, Konzert- und Gesangs-Vorträge, daneben volkstümliche Gesänge zur Darbietung. Besonders das Lied, das der Bergmannsdichter Kessing verfaßt und vom Gesangsverein für diesen Tag eingelebt war; „Sei ein Mann und sei ein Held!“ fand freudige Aufnahme.

Mit einem passenden Schlußwort unter dem Motto: „Es ist gelungen!“ schloß der Bezirksleiter Ruhnen die für die Teilnehmer unvergeßliche Veranstaltung.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Im Saargebiet nehmen die Dinge den von Frankreich vorgeschriebenen Lauf, soweit es sich um gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen der Saarregierung handelt. Frankreich darf mehr denn je mit diesem Verwaltungsinstitut zufrieden sein, das zwar vom Völkerbund ernannt ist zur „Sicherung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung“, sich aber ganz auf die Mahnung Loucheurs an den Präsidenten Rault eingestellt hat:

„Erinnert Euch, was Frankreich von Euch erwartet!“

Und alle diese Herren, die sich abhängig von Frankreichs Gnaden oder Zorn fühlen, haben sich dessen mehr denn je erinnert, nachdem Poincaré den französischen Ministerpräsidentenposten übernommen hat. Keine großen Reden und seien sie noch so energisch und drohend gehalten, keine Note, kein Verweisen auf die Diktatsbestimmungen aber verwischt die Lüge, der das Saargebiet zum Opfer fiel, entkräftet die Tatsache, daß Frankreich auf die Annexion des Saargebietes hinarbeitet und dieses Ziel mit brutalster Gewalt unter größtmöglicher Verletzung von Recht und Gesetz und mit Hilfe des Völkerbundes verfolgt. „Gemachte“ Berichte der Regierungskommission und eine schmutzige Pressepropaganda eines mit französischen Staatsmitteln unterhaltenen Presseunternehmens und einer französischen Propagandastelle haben die Blide bisher in Genf getrübt, haben nicht erkennen lassen, was im Saargebiet wirklich vorgeht — aber die Welt wird sehen, der Schrei von 700 000 vergewaltigten Volksgenossen kann nicht ewig ungehört verhallen.

Die „Frankfurter Zeitung“ besaßte sich kürzlich erneut mit der Frankenfrage in Beziehung zu den Zielen der Tätigkeit der Saarregierung. Sie stellte dabei die interessante Tatsache fest, daß die Frankensubvention für die städtischen Gehaltszahlungen von der

„Propagandakasse“ der Regierung

ausgezahlt wurde.

In der Tat bedeutet die Frankensförderung für die ausgesprochen französische Einstellung dieser Völkerbundsregierung nichts als Propaganda und Werkzeug der Angliederungspolitik. Es gibt keinen ernsthaften Wirtschaftler, der den Währungswechsel ökonomisch nicht für einen Wahnsinn hielte; selbst französische Geschäftsleute machen, sobald sie als Wirtschaftler reden, aus diesem Urteil kein Geheimnis. Die Frankensförderung stürzt das Saargebiet in die äußerste Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruches. Viele glauben, daß das mit Naturgütern und tüchtigen Menschen so reich gesegnete Land darin seinen endgültigen Ruin finden werde. Andere sind optimistischer und vertrauen der Kraft und Tüchtigkeit dieser Industrie, daß ihr die Umstellung auf den Wirtschaftsanschluß nach Westen, falls er vollends erzwungen werden soll, gelingen wird, — wenn auch schließlich auf französische Kosten. Darin aber sind alle einig, daß der Frank als Waffe der Annexionspolitik Frankreichs einen Lusthieb schlagen werde.

Werden die Mitglieder des Völkerbundes es dauernd hinnehmen, daß der große Gedanke des Zusammenschlusses, der doch allen friedlich und rechtlich gesinnten Menschen und Nationen heilig sein sollte, am Ufer der Saar, wo ihm sein praktisches Gesellenstück zu machen aufgetragen ist, von Woche zu Woche unverhüllt, von Woche zu Woche unheilbarer Mißbraucht und kompromittiert wird? Wahrhaftig, es ist keine „alldeutsche Propaganda“, die solche Anklagen erhebt. Der Rat des Völkerbundes hat sie mehrmals aus dem Munde beglaubigter Vertreter selbst hören müssen, und wieder und wieder werden sie durch die offenen Eingeständnisse französischer Politiker und Publizisten bestätigt. Aus Duzenden von Beispielen greifen wir eine Formulierung Pierre Villetes im „Echo de Paris“ heraus, der von der Einführung französischer Währung und der 1925 vollendeten Zollgemeinschaft sagt:

Durch die Macht der Verhältnisse wird dann das Saargebiet von Deutschland wirtschaftlich abgetrennt sein. Diese neue Orientierung wird dann sicher auch die politische Orientierung praktisch denkender Leute beeinflussen.

Das ist die Spekulation des französischen Imperialismus. An der Saar wie am Rhein rechnet man auf „praktisch denkende Leute“, zu deutsch auf Lumpen, die für wirtschaftliche Vorteile ihr Vaterland verraten. Solcher Lumpen gibt es wohl in jedem Lande der Welt eine kleine Zahl. Im Saargebiet aber gewinnt der Besucher heute den Eindruck, daß sie besonders spärlich gesät sind, und daß trotz stärkster französischer Einstellung der Regierungskommission das nationale Schicksal der Bevölkerung gegenwärtig nicht gefährdet erscheint. Gefährdet ist, wie gesagt, nur der gute Ruf des Völkerbundes.

Verschiedene der oben bereits apostrophierten

Lumpen und Verräter

sitzen in dem Franzosen-Verlag in der Parallelstraße; sie bilden gemeinsam mit den Denunzianten und Spitzeln im Dienste der Richert-Kollin-Martin die übelsten Kreaturen an der Saar. Zu welchen Lumpereien diese Elemente fähig sind, geht aus einem Eingeladent der „Saarbrücker Landeszeitung“ hervor, in dem es u. a. heißt: „Der „Saar-Kurier“ ist seinem bisherigen Verhalten, die Maßnahmen der Saarbevölkerung zu verdächtigen, treu geblieben. Es schreibt, daß die neue Delegation für Genf bereits nach Berlin abgereist sei. Der „Saar-Kurier“ könnte ganz genau wissen und weiß bei seinen guten Beziehungen auch wohl, daß die Delegation direkt von Saarbrücken nach Genf fuhr. Wenn er der Delegation dennoch unterschiebt, daß sie den Weg über Berlin genommen habe, so nur deshalb, um den Anschein zu erwecken, als ob sich die Delegation für ihr Vorgehen in Berlin erst Instruktionen hole. Der „Saar-Kurier“ will damit darstellen, daß die Delegation nicht für das Wohl der Saarbevölkerung, sondern für die deutschen Interessen nach Genf gefahren sei. Doch mit diesen Mäßen hat das Blatt kein Glück. Wir sind der Meinung, daß dieser Hinweis nach Berlin nicht für die Saarbevölkerung, sondern deshalb gemacht wurde, um zu beweisen, wie man die Geschäfte derer, für die man da ist, wahrzunehmen versteht.“

Dem ist noch anzufügen, daß diese Judasseelen, die den obigen Verdacht zu verbreiten dachten, eine solche Behauptung wider besseres Wissen erhoben haben. Abgesehen davon, daß mit der Saardelegation auch mehrere Spitzel nach Genf fuhren, war die Reise so offen ausgeführt worden, daß, wenn die Absicht zu wahrheitsgemäßer Berichterstattung vorgelegen hätte, es dieser Spitzel nicht erst bedurfte.

Auf eine Frage sollte das französische Propagandablatt rückhaltlose Antwort geben: hat nach dem Versailler Zwangsvertrag

Berlin oder Paris

eine größere Berechtigung, sich um die Vorgänge im Saargebiet zu kümmern? Nach den Saarbedenbestimmungen bleibt die deutsche Souveränität im Saargebiet in der Schwebe, die Bevölkerung behält ihre Staatsangehörigkeit, (d. h. die deutsche) behält ihre Schule, (d. h. die deutsche) ihre Sprache (ebenfalls die deutsche) usw. Frankreich hat im Saargebiet nur das Recht ungehinderter Ausbeutung der Saargruben, sonst hat es im Saargebiet nichts, aber auch gar nichts zu suchen. Es ist eine Verletzung dieser Bestimmungen, wenn Herr Rault seine Instruktionen in Paris holt, eine Verletzung, wenn er den Volkswillen der Bevölkerung dadurch korrigiert, daß er einen Teil der Bevölkerung ausweist, ausländische Elemente heranzieht und sie die Geschicke der einheimischen Bevölkerung mit bestimmen läßt, eine Verletzung, wenn er die Bevölkerung durch französische Besatzungstruppen einschüchtern, tyrannisieren läßt, die sich noch immer unberechtigt im Saargebiet aufhalten, Morde verüben usw. Die Anwesenheit und Tätigkeit des französischen Majors Richert als Leiter der französischen Propagandastelle in Saarbrücken ist eine Verletzung der Saarbedenbestimmungen, eine Verletzung die Tätigkeit des „Neuen Saarkuriers“, da sie auf eine unberechtigte Beeinflussung der Volksmeinung abzielt und aus französischen Staatsmitteln bezahlt wird, die gesamte Tätigkeit der Saarregierung ist eine fortgesetzte Verletzung der Versailler Zwangsbestimmungen, insbesondere ihre eigenmächtige Abänderung und Neuschaffung von Gesetzen und Verordnungen, sie ist ein Verbrechen gegen die Forderungen der Demokratie, wie sie in der Verordnung über die Schaffung einer Schein-Volkswertretung zum Ausdruck kommt. Hat diese westliche Giftpflanze je gegen gewalttätige Verletzung der Versailler Bestimmungen und gegen die Einmischung der Pariser Stellen in die Saargebietsangelegenheiten den geringsten Einwand erhoben? Hat sie protestiert, als Loucheur Herrn Rault in amtlicher Eigenschaft über seine fernere Tätigkeit zur Durchführung der französischen Ziele im Saargebiet Anweisungen gab, als Herr Rault trotz völliger Kenntnis der Dinge den Völkerbund über die erste Genfer Delegation der Saarbevölkerung falsch berichtete? Es ist nicht geschehen, weil das französische Interesse alle diese Rechtsbeugungen forderte. Ist es eine Rechtsverletzung, daß die Regierungskommissionen die französische Propagandatätigkeit im Saargebiet duldet, so ist es

Hochverrat,

wenn sich für diese Tätigkeit deutsche Staatsangehörige zur Verfügung stellen, wie sie sowohl im „Saarkurier“, wie auch in den zahlreichen Propagandastellen und Spitzelbureaus beschäftigt sind. Diese hohen Deutschen haben ihr Deutschtum verraten und damit ihr Vaterland

verwirrt. Wie Dorten, Smeets und Genossen verdanken diese elenden „Anspachen“ die Freiheit ihres verbrecherischen Wirkens lediglich französischen Bajonetten und französischem Schutz. Sie dürfen sich aber darüber nicht täuschen: Wenn man ihrer Dienste nicht mehr bedarf, wird man sie auch dort verachten, wo man sich ihrer heute bedient, weil man auch in Frankreich den Verräter verabscheut.

Einer dieser üblen Kreaturen hängt sich oft gern ein kommunistisches Mäntelchen um, verherrlicht den russischen Bolschewismus in „veredeltem“ Sinne — weil es just den Herrschaften in den Kram paßt, die saarländischen Kommunisten zu hofieren. Was aber

Tschitscherin über das Saargebiet

auf der Genuaer Konferenz gesagt hat, ist nicht gerade dazu ange-tan, sich gerade die russischen Politiker auszuwählen, um mit ihren Ansichten im Saargebiet krebsen zu gehen, um Dumme zu fangen. In einem offiziellen Schreiben, das der Führer der russischen Delegation in Genua, Tschitscherin, dem italienischen Außenminister Schanzer zugehen ließ, hielt er den Ententemächten ein Spiegelbild ihrer eigenen Gewaltmaßnahmen vor, die den Frieden vereiteln. Unter anderem erinnerte die russische Abordnung daran, daß in Europa selbst die militärische Besetzung ausländischer Gebiete und die Vernichtung der Reste der nationalen Minderheiten Feindseligkeiten mit sich bringen oder in der Zukunft unvermeidlich machen. Als weiteres Beispiel wird in dem Schreiben auch darauf verwiesen, wie selbst in Mitteleuropa die Rechte der Einwohner des Saargebietes mit Füßen getreten wurden. Von den Regierungen der Vertreter der alliierten Mächte hänge es ab, solchen Zuständen ein Ende zu machen. Die russische Abordnung sei bereit, in Genua die Frage zu prüfen, in welcher Weise allen unterdrückten Nationalitäten die Möglichkeit gegeben werden könne, frei über ihr Schicksal zu entscheiden. Also auch in Genua ist das Wort gefallen, daß im Saargebiet die Rechte der Bevölkerung mit Füßen getreten werden und damit ist die Mahnung laut geworden, daß Europa im Saargebiet ein Unrecht gut zu machen hat. Minister Schanzer wird diese russische Widerklage und Mahnung den beteiligten Regierungen zur Kenntnis zu bringen und damit auch auf die Zustände im Saargebiet hinzuweisen haben. Je mehr vom Saargebiet gesprochen, je öfter die Welt daran erinnert wird, je weniger kann man das Saargebiet totschweigen oder das falsche Bild vorweisen, welches glücklicher Zustände das Saargebiet sich die Bevölkerung dort unter der „freiheitlichen Regierung des Völkerbundes“ zu erfreuen hätte. Es ist nicht ohne Interesse, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß von kommunistischer Seite, vom Triller her unterwiesen, die nach Genua entsandte Delegation der Saargebietsbevölkerung ebenso wie die bisherigen Genfer Delegationen in gehässigster Weise verdächtigt wurde. Nach dem Schreiben Tschitscherins versuchten sie, für sich Kapital daraus zu schlagen. Sie vergaßen aber mitzuteilen, daß Tschitscherin wohl auf Grund der Mitteilungen der Saar-Abordnung sich für die vergewaltigte Saargebietsbevölkerung einsetzen konnte. Die Saarbrüder „Volksstimme“ sagt hierzu:

„... Es war die von der Kommunistischen Partei sowie geschmähte und verschriene Delegation der übrigen politischen Parteien, die mit den Russen in Genua verhandelt hat und Tschitscherin ein Bild von unserer Rechtlosigkeit gab. Darauf versprochen die Russen unsern Genossen Schäfer, welcher der Wortführer der Saardelegation war, unsere Beschwerden, die sie für sehr berechtigt hielten, bei der ersten Gelegenheit zur Sprache zu bringen. Das ist dann auch, wie bekannt, geschehen und wir stehen nicht an, Tschitscherin dafür unsern Dank auszusprechen.“

Verschiedene Anzeichen deuten übrigens darauf hin, daß sich bei den

saarländischen Kommunisten eine Wandlung

vollzieht, nachdem anscheinend verschiedene ihrer Führer allmählich erkannt haben, daß sie für sehr einseitige kapitalistische und politische Ziele mißbraucht wurden. Früher war ihr Leib- und Magenblatt der französische „Saarurier“. Jetzt haben sie sich ein eigenes Organ, die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung für das Saargebiet“ geschaffen, das in verdammt deutlichen Worten der Saarregierung jeht den Marsch bläst. Die Erkenntnis ist leider etwas spät gekommen. Denn nur mit Hilfe der saarländischen Kommunisten konnte die Saarregierung ihre Frankentpolitik so erfolgreich betreiben. Diese haben den Franken damit propagiert, indem sie erklärten, mit Einführung der Frankenzahlungen werde eitel Wohlstand und Sorgenfreiheit in jede Arbeiterhütte einkehren. Die in Franken entlohten Bergleute ebenso die Arbeiter der Schwerindustrie haben auch vorübergehend ein recht gutes Einkommen gehabt, so daß sie besser leben konnten als irgendein Marktentlohter. Daß sich die Lebenslage der letzteren

durch die Frankent Konkurrenz ihrer Kollegen bis zur bittersten Not steigerte, sei nur am Rande bemerkt. Die Saarregierung hat wohl gewußt, weshalb sie den Frankentempfängern zunächst ein Schlemmerleben verschaffte: es sollte den Reiz und damit den Wunsch der anderen erwecken, ebenfalls den Franken zu erhalten. Es ist leider Tatsache, daß verschiedene Kategorien von Arbeitern und Beamten sich durch dieses Wohlleben der Frankentlohten betören ließen; sie forderten ebenfalls den Franken. Daß sich unter ihnen ausgerechnet auch die Kommunalbeamten befanden, ist ein besonders dunkles Kapitel, vor allem im Hinblick darauf, daß sich die Frankentempfänger nur so lange ein Wohlleben auf Kosten der Marktempfänger gestatten können, so lange noch zwei Währungen im Saargebiet neben einander bestehen. Da die Mark nicht beseitigt werden darf, will man nicht die Saarbedenbestimmungen abermals aufs größtmögliche verlegen, so werden die Marktempfänger so lange bitterste Not leiden müssen, so lange die Frankentempfänger sich auf ihre Kosten die Taschen füllen. Es ist natürlich notwendig, dabei zu betonen, daß nur ein kleiner Teil der Frankentempfänger derart krankhaft egoistische Anschauungen vertritt; einem großen Teil der Frankentlohten und -besoldeten wurde der Franken gegeben, obwohl er sich entschieden dagegen gewehrt hatte. Das gilt von den Berg- und Hüttenleuten sowohl wie von den Eisenbahn- und Postbeamten und -Arbeitern. Einen wenig rühmlichen Standpunkt nimmt dabei die „Gewerkschaft der Kommunalbeamten und Angestellten“ ein, die auf dem Klageweg unter allen Umständen den Franken erzwingen will, nachdem die Mehrzahl der Gemeinden trotz der mehr als fadenscheinigen Entscheidung des „Obersten Verwaltungsgerichts“ zur Bestätigung des Frankendiktats der Saarregierung an die Gemeinden es ablehnt, Frankengehälter zu zahlen.

Nachdem die Saarregierung sieht, daß sie in der Frankenfrage nicht weiter kommt, läßt sie auch den Mantel fallen, um zu zeigen, daß es ihr gar nicht darum zu tun war, Arbeitern, Angestellten und Beamten bessere Lebensmöglichkeiten zu bieten, wie man pharisäisch bisher erklärte. Ihre ganze

Frankenpolitik verfolgte nur politische Ziele.

Nachdem die Propagandakasse der Saarregierung durch die Frankenpolitik ein tiefes Loch bekommen hat, ging man ans Sparen. Man baute schleunigst die Frankentlöhne ab, legte Feierschichten ein, tat überhaupt alles, um die vorher so sehr gezeigten Vorteile der Frankenzahlung so bald wie möglich zu beseitigen. Tatsächlich zeigte sich denn auch bald, daß die Frankentlohten auf den Saargruben sich nicht mehr besser standen als die Marktentlohten. Das begriffen schließlich auch die, die kritiklos dem gefolgt waren, was ihnen von gewissen „kommunistischen Führern“ anbefohlen wurde. In der „Sozialistischen Republik“, dem kommunistischen Organ für das Rheinland, heißt es zu dieser Frage u. a.:

„... Die Praxis im Saargebiet hat bewiesen, daß die französischen Kapitalisten nach Einführung der Frankentlohnung systematisch Lohnreduzierungen vornahmen und hierbei den Saarbergmann schlechter bezahlten als den Lothringer Bergmann, der seinerseits wieder in seinen Einkünften unter denen des alten französischen Bergarbeiters stand. Bei einem Rheinstaat von Frankreichs Gnaden würde man dann vielleicht eine Verteilung in der Ausbeutungsform der französischen Kapitalisten erleben können. Sind die sog. wirtschaftlichen Vorteile für das Proletariat in einer rheinischen Kolonie Frankreichs gleich Null, so wäre es nicht besser mit den sozialen Leistungen. Es ist nur eine Knochenweichende Illusion, den Proletariern vorzuschwätzen, daß sie kampflös auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lebenshaltung erreichen können. Auch die französischen Kapitalisten würden den rheinischen Arbeitern nichts schenken. Hinter den zunächst zu erwartenden Zuckerbrotten würden die Beißchen lauern.“

In einer Zuschrift an die „Saarbrüder Landeszeitung“ zur politischen Lage wird zu der Wandlung der Kommunisten u. a. gesagt:

„Ist nun auch der Bruch zwischen Kommunisten und Regierung Tatsache, so ist andererseits bemerkenswert, wie gewisse Stellen die Beziehungen mit einzelnen Kommunisten aufrecht zu erhalten suchen. Eine Reihe Vorgänge aus den letzten Tagen liefern den schlüssigen Beweis, wie eng die Beziehungen zwischen kommunistischen Vertrauensleuten und einem ehemaligen französischen Generalstabsoffizier heute noch sind.“

Es ergibt sich aus dem Dargestellten, daß sich im politischen Leben des Saargebietes bedeutsame Vorgänge abgespielt haben und noch abspielen. Die Regierung aber kann nunmehr mit Recht ausrufen: „Ich steh allein auf weiter Flur!“

Die morschen Krüden, auf die sie sich bisher stützte und mit denen sie ihre Berichte an den Völkerbund frisierte, sind zerbrochen. Die Kommunisten sagen ihr grimmigste Feindschafft an, sie werfen der Regierung ihre Vorlagen als Scherben vor die Füße.

Merkwürdig ist, daß das Blatt für Westpropaganda und zeitweilige offizielle Organ der Kommunisten, der „Saar-Kurier“, von diesen wichtigen Vorgängen keinerlei Notiz nimmt. Wie sollte er es auch anfangen? Seine bisherigen Getreuen haben ihn verlassen, Frankendversprechungen gibt es nicht mehr. . . .

Die verderblichen Wirkungen des Franken

machen sich immer mehr geltend. Dabei zeigt es sich von Tag zu Tag mehr, daß die brutale Frankropolitik auch darauf berechnet war, die Saargebetsbevölkerung in zwei Lager zu teilen, um je nach der Art ihrer Ziele das eine gegen das andere auszuspielen zu können. Schon bei früheren Gelegenheiten haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Hausbesitzerkreisen die Forderung vertreten wird, die Mieten in Franken zu erheben. Obwohl diese Kreise natürlich genau wissen, daß nur ein kleiner Teil der Mieter Frankennieten bezahlen kann, obwohl sie weiter wissen, daß von diesen wieder kein kleiner Bruchteil, nämlich alle ausländischen Beamten und Militärpersonen sich erheblich dagegen wehren würden, ihre Mieten in Frankennährung berechnet zu erhalten, so tritt diese Forderung immer wieder auf und zielt offensichtlich auf eine allgemeine Festsetzung der Mieten in Franken ab. Lassen die Vertreter dieser Forderung ihr Gewissen bei ihren öffentlichen Forderungen nicht zu Worte kommen, so mögen sie Daheim im stillen Kämmerlein sich selbst die Frage stellen: Welches müßten die Folgen der Durchführung ihrer Forderungen sein! Es gibt darauf nur eine Antwort: Ein weiterer Schritt vorwärts zur Franzöisierung des Saargebets! Nicht anders ist es mit der Frankenforderung der Freien Bauernschaft für Milch und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die saarländische Landwirtschaft ihre Ausgaben fast ausschließlich in Franken machen muß; es ist ihren Vertretern sehr wohl bekannt, daß sie erhebliche Mengen an Futtermitteln, Saatgut, Düngemitteln, Zuchtvieh usw. zum deutschen Inlandspreis beziehen. Wenn die Freie Bauernschaft ausgerechnet das wichtigste Nahrungsmittel der Kinder, Kranken und Greise, die Milch, sich in Franken bezahlen lassen, so treiben sie eine Politik, die als äußerst bedenklich bezeichnet werden muß. Ihre Forderungen haben dann auch in der gesamten Saargebetsbevölkerung größte Entrüstung hervorgerufen. Lediglich das franz. Propaganda-Organ begrüßte die „Freie Bauernschaft“ als neue Helfershelfer.

Gleichzeitig setzte die Regierungskommission den Preis für ein 4-Pfundbrot auf 27.— Mark fest, d. h. ein Pfund Brot kostet jetzt 6,25 Mark. Wenn sie in ihrer Mitteilung in der Öffentlichkeit darauf hinweist, daß zu gleicher Zeit ein 4-Pfundbrot in Paris 2 Frank = 52 Mark kostet, so beweist das nur, daß sie auch die Brotpreisfrage nach propagandistischen Gesichtspunkten regelt, jedoch vergißt, daß man im Saargebiet auch zu rechnen versteht und sehr wohl weiß, daß 2 Frank in Paris etwas ganz anderes darstellen als 2 Frank in Saarbrücken.

Welche Verhältnisse es außerdem durch diese vorbedachte Politik im Saargebiet geschaffen hat, ergibt sich aus einigen Streiflichtern. So lesen wir u. a. in der „Saarbr. Zeitg.“:

Die neueste Zeit scheint auch in Saarbrücken eine wenig erfreuliche Umwälzung namentlich unter der jüngeren Generation hervorgerufen zu haben. Tag für Tag kann man in den Straßen der Stadt „schwankende Gestalten“ beobachten, und zwar in einem Umfange, der früheren Jahren fremd gewesen ist. Ob manche Leute mit dem Gelde nichts Besseres anzufangen wissen, als ein anormales Quantum Alkohol sich zuzuführen, lassen wir dahingestellt. Wo das Geld leicht verdient wird, gleitet es auch leicht durch die Finger. Zur Hebung des Straßenbildes trägt das ständige Auftauchen betrunkenen Menschen jedenfalls nicht bei. Hier handelt es sich um Frankendiener und Frankenspekulanten!

Und im „Kreuz. Gen. Anz.“ ist zu lesen: Unsere ehemals genügsamen, mit zäher Liebe an der engeren Heimat hängenden Hunsrückbauern werden zusehends immer mehr von den schädlichen Wirkungen der Frankropolitik im angrenzenden Saargebiet erfaßt. Selbständige Handwerksmeister sieht man auf die Ausübung ihres Berufs verzichten und in der Saarindustrie Beschäftigung suchen. Die Jugendlichen, von den 16jährigen angefangen, meist kraftstrotzende Bauernsöhne, unterdrücken einfach jede Berufsneigung und drängen zu den saarländischen Berufsstätten mit Frankennährung. Die alten Leute daheim plagen und behelfen sich in oft geradezu unwürdiger Weise, nur, damit die jungen männlichen Familienangehörigen den Valutagewinn einheimen können.

Betrügen wir uns selbst nicht. Frankreich arbeitet ganz systematisch auf die Demoralisierung der Bevölkerung hin, da es weiß, daß es mit einer charakterstarken, selbstbewußten, arbeit-

samen, vorwärtstrebenden und nüchternen Bevölkerung nichts anfangen kann, daß diese ihren Annektionszielen im Wege steht.

Und mit diesen Zielen steht in engster Verbindung der Versuch der

völligen Abschneidung des Saargebets von Deutschland.

Wiederholt ist deutschen Politikern und Gewerkschaftlern, selbst deutschen Wissenschaftlern die Einreise ins Saargebiet verweigert worden, weil man die Saargebetsbevölkerung am liebsten völlig von ihren deutschen Stammesbrüdern isolieren möchte. Der neueste Fall betrifft den Geschäftsführer der Gewerkschaft kaufmännischer Angestellter, Robert Fedisch, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Auf ein Gesuch des D. H. B. in Saarbrücken, Herrn Fedisch Einreise- und Redeerlaubnis zu erteilen, hat die Regierungskommission geantwortet, daß sie nur in der Lage sei, die Einreiseerlaubnis zwecks Vornahme der Revision der Geschäftsstelle zu erteilen. Die Regierungskommission hat weiter mitgeteilt, daß sie jedoch nicht sein Auftreten in Mitglieber- oder öffentlichen Versammlungen gestatten könne! Auf diesen Vorfall hin hat der Reichstagsabgeordnete Thiel an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, ob ihr diese Tatsachen bekannt sind und was sie tun gedenke, um den im Saargebiet wohnenden Mitgliedern deutscher gewerkschaftlicher Organisationen die Möglichkeit zu geben, außerhalb des Saargebietes wohnende Führer der Organisationen zu sich sprechen zu lassen.

Wie sehr sich zahlreiche Arbeiter, Angestellte und Beamte haben durch gleichnerische Redensarten und verlockende Erörterungen in dem Organ für Westpropaganda verleiten lassen, auf den „Frankensegen“ zu bauen, erweist sich von Woche zu Woche deutlicher. Nachdem man aus der Propagandakasse erhebliche Zuschüsse zu den Franken-Löhnen und -Gehältern gezahlt, führt man diese langsam unter Streichung der Propagandazuschüsse auf die von vornherein geplante Höhe zurück. Darüber hinaus bereitet man

umfangreiche Entlassungen auf den Saargruben und der Eisenbahn

vor. Wie wir an anderer Stelle mitteilen, sollten auf den Saargruben wegen Abschmangel rund 3000 Bergleute, desgleichen aus Ersparnisgründen auf den Saareisenbahnen 1102 Eisenbahnarbeiter und 78 Beamte entlassen werden. Hierzu wird der „Saarbrücker Jtg.“ von gut unterrichteter Seite u. a. folgendes geschrieben:

1200 Bedienstete sollen die Tatsache, daß die Saarregierung den Eisenbahnern „aus reinem Wohlwollen“ gegen den klar ausgesprochenen Willen der Mehrheit den Franken aufgezwungen hat, mit Entlassung büßen.

So wirkt sich der „Frankensegen“ nach der negativen Seite aus, nachdem die Saarregierung ihren Willen durchgesetzt hat. Von weitschauenden Führern ist dies aber haargenau so vorausgesagt worden, wie es nun Zug um Zug eintrifft.

Was die Saarregierung bisher infolge der Frankeneinführung zu Propagandazwecken den gesamten Eisenbahnern „zuviel“ gezahlt hat, das will sie nun wieder dadurch einsparen, daß sie 1200 Bedienstete einfach arbeitslos macht. Daß ein Fehlbetrag von 10 Millionen Franken, wie ihn die Saarbahnen im verfloßenen Jahr zu verzeichnen hatten, durch die beabsichtigten Entlassungen nicht ausgeglichen werden kann, das dürfte doch wohl als feststehende Tatsache betrachtet werden. Wird nicht vielleicht wie in anderen Betrieben, wenn diese jetzt angekündigte erste Aktion „glücklich“ beendet ist, auch bald die jetzt schon vorauszu- sehende zweite Aktion folgen, nämlich der Lohnabbau für die im Dienst gebliebenen Eisenbahner? Wir werden ja sehen! — Für all das mögen sich aber die Eisenbahner bei denjenigen bedanken, die während des ganzen seinerzeitigen Frankenummels so geflüstertlich der Regierungskommission und ihren radikalen Agenten nach dem Munde geredet haben.

Die gesamte Saareinwohnerschaft kann an den geplanten Maßnahmen durchaus nicht uninteressiert bleiben, denn jeder Arbeitnehmer kann sich ohne weiteres jetzt schon über die Folgen klar sein, die die Entlassung von einer so großen Anzahl Arbeitnehmer auf das gesamte Saarwirtschaftsleben ausüben muß, zumal wenn diejenigen, die nicht bald wieder unterkommen, durch die bitterste Not gezwungen als Lohndrücker auf dem Plan erscheinen!

Dem „Saar-Kurier“ waren diese Ausführungen natürlich äußerst unangenehm, er ließ daher einen „freiorganisierten Eisenbahner“ zu Worte kommen, um die Maßnahmen der Saarregierung zu verteidigen — ein prächtiger „Arbeiterführer“. Ihm antwortete die „Volksstimme“ u. a.:

Im allgemeinen darf angenommen werden, daß alle diejenigen „Führer“ der Eisenbahner, die gezwungen sind, ihren Unrat im „Neuen Saar-Kurier“ abzuladen, dermaßen erkannt sind, daß man ihnen nicht mehr viel nachzureden braucht. Es mag gewissen Leuten sehr unangenehm sein, wenn sie im Zusammenhang mit der Entlassungsfrage an die unheilvolle Rolle, die sie in der Frankenfrage — im Gegensatz

zur Mehrheit aller Eisenbahnbediensteten — gespielt haben, erinnert werden.“

Zu gleicher Zeit erfährt man, daß die Regierungskommission die Koalitionsfreiheit der Beamten beseitigt.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ verbot der Regierungskommissar für öffentliche Arbeiten im Saarland den Postbeamten und Arbeitern den Zusammenschluß zu einer Gewerkschaft. Die Oberpostdirektion erließ daraufhin eine Verfügung, wonach mit der Saarpfostgewerkschaft in Zukunft nicht mehr zu verhandeln sei. Die unteren Beamten nahmen gegen die Beschneidung der Koalitionsfreiheit bereits Stellung mit der Erklärung, daß sie diese Maßnahme der Behörden nicht anerkennen, sondern geschlossen hinter der Gewerkschaftsführung stehen würden.

Wenn eine Nachricht der „Frankfurter Zeitg.“ richtig ist — und sie wurde tatsächlich bisher nicht widerrufen — dann hat

Regierungsrat Rohmann

nicht mehr das volle Vertrauen der Saarregierung. Er ist nach dem genannten Blatt von der saarländischen Wohlfahrtsabteilung in Saarbrücken an die Fürsorgeerziehungsabteilung in Saarlouis versetzt worden. Die tiefere Ursache dieser Versetzung, die nicht gerade ein Avancement ist, sieht man in dem persönlichen Verhältnis Rohmanns zu dem Chef der Wohlfahrtsabteilung, Dr. Hector. In der Bewerbung um den Ruf in die Regierungskommission waren beide Herren Rivalen, und Rohmann, der übrigens früher katholischer Arbeitersekretär war, unterlag dem noch dienstwilligeren Dr. Hector.

Trotz alledem aber:

Die Regierungskommission „berichtet“ nach alter Schablone nach Genf!

Aus dem sehr umfangreichen Bericht ist zunächst folgendes inhaltlich zu erwähnen: Nach dem Bericht hat sich die wirtschaftliche Lage im Saargebiet während des ersten Trimesters von 1922 nicht sehr geändert. Man verzeichnet allerdings eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen, und noch einmal ist das Saargebiet durch die Entwertung des deutschen Geldes heimge sucht worden. Diese Entwertung wurde durch keinerlei Vorteile kompensiert. Die Regierungskommission, die während der beiden ersten Jahre durch die Organisation ihrer Regierung beschäftigt war, aus der ihr der Friedensvertrag eine Pflicht machte, versucht heute die Bevölkerung Mittel zu geben, in einer direkten Art und Weise an der Verwaltung des Landes teilzunehmen. Die Kommission hat die Notwendigkeit erkannt, ein System der Zusammenarbeit mit den gewählten Vertretern der Bevölkerung einzuführen. Es bestehen bereits mehrere Handelskammern; man faßt in diesem Augenblick die Bildung einer Arbeitskammer ins Auge und außerdem setzt man einen konsultativen Landesrat und eine Studienkommission ein, die es gestatten werden, daß der Bevölkerung eine großzügige Teilnahme an den öffentlichen Arbeiten gesichert wird. Auf dem Gebiet der Verwaltung hat sich die Regierungskommission im letzten Trimester vor allen Dingen mit der sozialen Fürsorge beschäftigt, ferner mit der öffentlichen Armenpflege und auch mit der Unterstützung der Kriegsbeschädigten. Letztere haben seit dem November 1921 Zahlunsanweisungen in einer Gesamthöhe von 14 Millionen Mark erhalten. Im allgemeinen hat sich die Lage von wirtschaftlichem Gesichtspunkt aus im Saargebiet weder verschlimmert noch verbessert. Während des nächsten Trimesters wird die Regierungskommission zu den Wahlen der Mitglieder des beratenden Landrates und der Studienkommission schreiten. Auf allen Gebieten, sagt der Bericht schließlich, wird die Regierungskommission, ohne eines ihrer Rechte aufzugeben oder sich einer ihrer Verantwortungen zu entziehen, an die Mitarbeit der Bevölkerung appellieren, indem sie hofft, auf diese Weise zum Wohlbefinden des Landes beizutragen.

Wie furchtbar aber im übrigen die Not im Saargebiet ist, ergibt sich aus einem

Brief eines deutschen Geistlichen in Saarbrücken,

den dieser an einen Verwandten in Münden i. W. gerichtet hat. Der Brief ist in den „Mündenschen Nachrichten“ abgedruckt. Der Briefschreiber bittet darin seinen Verwandten um Übersendung von Nahrungsmitteln und sagt dann: „... Du tust mir einen ungeheuren Gefallen, denn wir Markempfänger können hier allmählich verhungern. Ich will dir zur Begründung einige Preise angeben: Kartoffeln (im Keller habe ich keine) kosten 700 Mark der Zentner, Butter das Pfund 150 Mark, Dauerwurst 122 Mark, Fleisch 50—65 Mark, Ei 9,00 Mark, jedes Pfund Kohlen in den Keller 2 Mark. Und dabei sitzen wir hier auf Kohlen. Das kommt alles durch die Frankenwirtschaft. Wenn man durch die Hauptgeschäftstraße geht, hört man fast nur französisch und Lothringer Deutsch. Die kaufen mit ihren Franken die Haare von unserem Kopf. Kein Wunder, daß

der Franke hier geradezu angebetet wird! Wir Pfarrer haben jetzt den Ruhm, die einzigen Beamten zu sein, die sich aus nationalen und moralischen Gründen noch aufrecht gehalten haben. Juristen, Philologen, Volksschullehrer, Postbeamte, Eisenbahner, Bergleute, ein Teil der Fabrikarbeiter sind schon alle der Notung erlegen. Jetzt auch die Kommunalbeamten. Wie lange wir noch gegen den Strom schwimmen können, weiß der liebe Gott allein. Jedenfalls ist es kein kleines Opfer was wir bringen, tagtäglich zu sehen, wie andere bei dem hohen Frankenstande im Golde schwimmen und selbst allmählich nicht mehr ein noch aus wissen. Aber es muß doch wenigstens ein Stand da sein, der noch sozusagen das deutsche Gewissen darstellt und den darben den Markempfänger mit opferfreudigem Vorbild vorangeht. Wie das auf die Dauer noch werden soll, weiß Gott allein...“ Hierzu bemerkt das genannte Blatt: Wahrlich aus diesen Zeilen spricht das ganze große Leid der Fremdherrschaft. Ehre den deutschen Vorkämpfern im Saargebiet. Wir in der alten Heimat selbst in Not sollen die Getreuen immer vergessen.

Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht, darauf zu verweisen, daß zwar die Saarregierung durch die Anwendung französischer Propagandamethoden die Saarbevölkerung wiederholt in die drückendste Notlage geführt hat, daß aber in jedem Falle Frankreich wie die Regierungskommission versagt haben, wenn es galt Hilfe zu bringen.

Aber deutsche Hilfe

hat die Notlage beseitigt. Das gilt in erster Linie hinsichtlich der Kartoffelversorgung. Bekanntlich war das Saargebiet in dieser Beziehung mehrmals in die allergrößten Schwierigkeiten geraten. Das Reichsernährungsministerium hat aber immer rechtzeitig trotz der ungünstigen Kartoffelversorgungslage im deutschen Versorgungsgebiet wieder Kartoffeln zur Verfügung gestellt. Und zwar hat sich das Reichsernährungsministerium dazu bereit erklärt, nachdem von beauftragten Vertretern der Bevölkerung die Ernährungslage im Saargebiet geschildert und Garantien dafür gegeben wurden, daß mit den von Deutschland gelieferten Lebensmitteln kein Unfug getrieben wird. Es ist nun wiederum außerordentlich bezeichnend für den Geist der Regierungskommission, daß sie die deutschen Kartoffellieferungen als ihr besonderes Verdienst hinzustellen versuchte. Man sah sich daher von gewerkschaftlicher Seite zu folgender Erklärung in der Saarpresse veranlaßt:

Eine recht eigenartige und auch irreführende Notiz betr. Kartoffelversorgung des Saargebietes macht in den letzten Tagen die Runde durch die Saarpresse. In derselben wird behauptet, „durch Verhandlungen der Regierungskommission mit der Reichsregierung sei es gelungen, für das Saargebiet noch 100 000 Ztr. Kartoffeln hereinzubekommen.“ Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Verhandlungen einer Deputation der Regierungskommission mit der Reichsregierung ohne den geringsten Erfolg waren. Die noch jetzt seitens des Reiches der durch eine falsche Politik der Regierungskommission in Not geratenen Saarbevölkerung zur Verfügung gestellten 100 000 Ztr. Speise- und 30 000 Ztr. Saatkartoffeln waren den Vertretern der Saarbevölkerung schon am 1. Februar in Berlin zugesagt worden. Damals fand bekanntlich eine Besprechung von Vertretern der verschiedenen Organisationen des Saargebietes mit der Reichsregierung statt, in der die neuen Kontingente für das Saargebiet festgesetzt wurden. Es ist also überflüssig und unseres Erachtens ein politisches Manöver, wenn versucht wird, die Neubelieferung von Kartoffeln auf das Konto der Regierungskommission zu setzen. Die Bevölkerung an der Saar würde es viel lieber sehen, wenn die Regierungskommission durch strengste Ueberwachung der westlichen Grenze des Saargebietes dafür Sorge tragen wollte, daß sämtliche Produkte, die vom Reiche nach hier geliefert werden, auch im Saargebiet verbleiben.

Neben Kartoffeln lieferte das Reich außerdem auf Grund der am 1. Februar stattgefundenen Verhandlungen Eier, Käse, Butter, ferner Gemüse- und Obstkonserven aller Art, so daß es auch den minder bezahlten Markempfängern möglich ist, sich solche Lebensmittel zu kaufen. Frankreich, das sich ja sonst außerordentlich für das Saargebiet und seine Bevölkerung interessiert, hat bisher für die notleidende Bevölkerung des Saargebietes nichts getan, sie vielmehr durch die völlig überflüssige Einführung des Franken

aufs schamloseste ausgepowert.

Täglich zeigt sich diese Tatsache aufs neue. Die Behandlung, die die Kriegsinvaliden und -hinterbliebenen, die Altpensionäre, Rentner usw. durch die Regierungskommission erfahren, spottet jeder Beschreibung. Sie ist aber offenbar darauf angelegt, möglichst viele Saardeutsche aus dem Saargebiet zu vertreiben, um die „bevölkerungsmäßige Franzöisierung“ um so leichter durchführen zu können. „Völkerbunds“-Methoden!

Wanderung durch's Bliesstal.

Am Himmel glüht das Frühlachtrot, die Sonne blüht hervor,
Streut Goldglanz über Tal und Höh', es jauchzt der Vogelchor.
Da nehme ich den Stab zur Hand und wand're durch das Tal.
Sei mir gegrüßt, du lieblich Tal, gegrüßt im Morgenstrahl.

Ein märchenschöner Blütenflor die weichen Matten schmückt,
Zu manchem süßen Blumentind hab' ich mich gern gebückt.
Die grüne Blies rauscht dicht vorbei mit sanftem Wogenprall.
Sei mir gegrüßt, du lieblich Tal, gegrüßt im Morgenstrahl.

Es malt sich in der klaren Flut, so manche Nebenhöh'.
Welch Zauberbild sich mir entrollt, wenn auf dem Steg ich steh'.
Die Blide schweifen weit hinaus hin übers traute Tal.
Sei mir gegrüßt, du lieblich Tal, gegrüßt im Morgenstrahl.

Mein Herz wird weit, mein Herz wird froh im stillen Tal der Blies.
Zu meiner Seele klingt ein Ton, der singt so süß, so süß.
Ein Jubellaut der Brust entflieht, weckt Echo überall.
Sei mir gegrüßt, du lieblich Tal, gegrüßt viel tausendmal.

Saarlieder.

Vorspiel.

Der Herbstwind schüttelt die Bäume.
O warte, warte noch!
Ich will von der Heimat singen
Ein fröhlich Lied ja noch!

Nimm nicht dem Wald sein Kleinod,
Die grünen Blätter all,
Ich will ihr Rauschen singen
Ja noch vor ihrem Fall!

Ich will von Bergen künden,
Die in der Flut der Saar
Sich wipfeltragend spiegeln
Schon so manches Jahr.

Und in den Wäldern birgt sich
Geheimnis noch so viel,
Davon soll ja noch singen
Mein frohes Saitenspiel!

Der Herbstwind hört's und brauset:
„Das will gefallen mir,
Zu singen den Sang von der Heimat!
Wohlan, ich helfe dir!“ —

★

Erstes Bild: Ein Stifswald.¹

Steil erstreckt sich Felsgewände
Aufwärts von dem Strand der Saar,
Bergend unter Waldesdunkel
Irem Wanderer die Gefahr.

Oben auf dem breiten Rücken,
Der den Bergwald ächzend trägt,
Läuft die alte breite Straße
Unter Bäumen windbewegt.

Düstres Schweigen ruht im Walde,
Feuchte Luft beengt mich fast,
Und ich sehn' mich nach dem Ausgang
Sehn' mich nach der Sonne Glast.



Blick auf die Stierburg/Saar.

Da wird licht es! Doch was ist das?
Waffen glänzen funkelnd dort.
Sah ich Römerhelme blinken
Dort am dürft'gen Wasserort?²

Leise atmend geh ich weiter,
Immer düst'rer wird der Wald.
Bin ich noch nicht an dem Ende?
Eine Art im Walde schallt.

Da sind Menschen! Da wird hell es,
Nun bin ich am Bergeshang,
Und von drunten hör ich klingen,
Freier atmend, Glockenklang! —

★

Zweites Bild: Am Römerbrunnchen.³

Unter dunkelgrünen Fichten,
Die der Bergwald schützend trägt,
Sprudelt frisch die Römerquelle,
Fest von Quadern rings umhegt.

Labe gibt sie jedem Wandrer,
Der ihr müd' und durstig naht,
Und, wer träumen will, der gehe
Ruhig hin zu ihr den Pfad!

Ihm erzählt des Brunnens Plaudern
Von der alten Römer Zeit,
Wie die Quelle einst geschäftig
Hände aus der Haft befreit

Und ihr Wasser weiter sandten
Nach dem Halberg, wo in Pracht
Eine Römerstadt gelegen,
Die verschlang der Zeiten Nacht. —

„Völker kamen, Völker gingen,“
Lehrt der weise Römerquell —
Jezo dringt der Sonne Loden
Durch die Buchenwipfel hell,

Die dort drüben rauschend grünen.
Auf! Mit ihnen heimwärts nun!
Römerquell, ich komme wieder,
Leib und Seel' hier auszuruhn! —
F. Sch.

Gebet der Deutschen.

Du Herr der Lande, Herr der Meere,
Der Sieg und Untergeh'n verleiht,
Wir ringen um der Heimat Ehre:
Gib unserem Volk Gerechtigkeit!

Du, der du weißt, daß wir nie dachten
An Krieg und Wüten, Blut und Streit,
Du Herr des Friedens, Herr der Schlachten:
Gib unserem Volk Gerechtigkeit!

Geläutert schon durch viele Schmerzen
Ist dies Gebet in unsern Herzen,
Es fleht zu dir in Stolz und Leid:
Gib unserem Volk Gerechtigkeit!

Was du in unsre Hand gegeben,
Wir opfern's freudig, Gut und Leben,
Du aber, Herr der harten Zeit:
Gib unserem Volk Gerechtigkeit!

Karl Dankwart Zwerger
(in der „Deutschen Zeitg.“).

¹ Wald auf der linken Saarseite, dem Stifte St. Arnual
gehörig. ² Zisterne.

³ Im St. Johanner Stadtwalde.

Der Pfälzer Charakter.

Im historischen Verein der Pfalz sprach kürzlich Archivrat Dr. Albert Pfeiffer über den Pfälzer Charakter. Er ging zunächst auf die historische Seite des Begriffs Pfalz ein. Politisch stellt die heutige Pfalz das Gebiet dar, das im Jahr 1816 an Bayern kam, seit 1817 „Rheinkreis“ hieß und seit dem 1. Januar 1838 den Namen Pfalz trägt.

Volks- und heimatkundlich greift der Begriff Pfalz über diese Grenze hinaus, hinüber nach Baden, hinauf ins Elsaß, den Rhein hinunter, wobei die Sprachgrenze, der Stammescharakter und das Gebiet der alten Kurpfalz eine Rolle spielen.

Die Politik beschäftigt sich heute mit dem Pfälzer Charakter ganz besonders, da die Pfalz ein Grenzland ist, viel umworben wie im Laufe der Jahrhunderte. Psychologen, Propaganda- und Tagesschriftsteller suchen kulturelle Zusammenhänge und jeder will zur Stützung seiner Beweisführung den Pfälzer Charakter be-
nützen.

Wenn der Pfälzer selbst zu seiner Charakterisierung das Wort nimmt, so muß er sich vor allem dagegen verwahren, daß er mit oberflächlichen läppischen Ansichtskartenversen gekennzeichnet werden soll: „Hell und pffiffig, uzig und knüffig — Krakeelig bis dort-
naus, kää Tag ohne Wertschau, — ümwer alles räsoniere, bei

jedem Wort dischbutiere — Und dorchtig wie ä Mälzer — siehst: des is es Pälzer.“ Man kann nicht ein-
dringlich genug gegen eine solche „Charakteristik“ Einspruch erheben.

Als Grundzug der Charakteristik des Pfälzers bleibt richtig, was Philipp Melancthon gesagt hat: „Ein Menschenschlag von gefälliger Art, Gerechtigkeit und Wohlthun liebend“. Gewandtheit und Hellhörigkeit, Frische und stattliche Gebung kennzeichnen den Pfälzer. Gesunder Optimismus gesellt sich zu einem starken Idealismus, nicht umzubringen durch Pest und Hungersnot, durch Krieg und Leid. Es ist wahr, der leichte Sinn wird häufig zum Leichtsinne, das schnelle Wort wird gern zum schnellsten Urteil, das Temperament wallt auf, explodiert, wird hitzig. Doch fehlt dem Pfälzer nie der Mut, ein Unrecht einzugestehen und wieder gut zu machen. Fleiß und Betriebsamkeit hat noch niemand dem Pfälzer abgesprochen und seine Heimatliebe wurzelt in tiefster Seele. — Das Land formt seine Menschen. Die eingewandert sind — die Schweizer, die Hugenotten, die Wallonen, die Tiroler — sie sind unter dem Zauber der Pfälzer Sonne stammeseigen geworden; die ausgewandert sind — in Amerika, in Afrika, in Süd-
rußland, in Siebenbürgen — sie sind in ihrer Sehnsucht Pfälzer geblieben. Dr. Pfeiffer krönte seine Ausführungen durch ein mit viel Liebe, Humor und Geist gezeichnetes Miniaturbildchen der großen Pfälzerin Liselotte, das er aus ihren urwüchsigem von der Sehnsucht nach ihrer deutschen Heimat durchpulsten Briefen hervorzauberte und das ausklang in ihren Worten: Die Pfalz ist ein gelobt landt gegen andere ländr zu rechnen, den alles ist ja gutt in unserm lieben vatterlandt, lufft, wasser, wein, brodt, fleisch und siich.

Waldbäche im Saartal.

Kennst du die rauschenden Wasser,
Die durch die Wälder gehn
Wie eilige Wanderboten
Aus fernen Felsenhöhn?
Hörst du das plätschernde Plaudern,
Hörst du das selige Klingen
Und der kleinen, lieblichen Elfen
Wundersam silbernes Singen?
Weißt du vom Sturz in die Tiefen
Vom urgewaltigen Tosen?
Kennst du die stillen Wiesen
Mit dem leisen, süßen Rosen?
O — tausend Stimmen sprechen
Aus den Tiefen der Natur.
Und viele Freunde rufen — —
Einsame Seele — lausche nur.

Vigilia.

Das Summen.

Aus dem Bändchen der „Sächsischen Miniaturen“ von Hans Reimann, die jetzt mit Zeichnungen von George Grosz bei Paul Steegemann erscheinen, sei folgende Eheszene wiedergegeben.

Mann und Frau faulenzten auf dem Schüsselongt. Der Mann ist am Einschlafen.

Die Frau wird von Halbträumen umfangan.

Eine Fliege summt.

Die Glocken einer fernen Kirche baumeln.

Der Mann ächzt, räfelt sich: „Sinn das Kloodn?“

Die Frau horcht, antwortet: „Das sinn doch geene Kloodn. Das is enne Fliesche.“

„Unfinn. Das is doch geene Flieje. Das sinn Kloodn.“

„Das is enne Fliesche!“

„Das sinn Kloodn!“

Beide horchen.

Der Mann: „Nu nadierlich sinn das Kloodn. Warum laudn denn die?“

Die Frau: „Ich gann doch Kloodn von ennr Fliesche undr-
scheidn! Ich heere geene Kloodn. Das is enne Fliesche.“

„Das sinn Kloodn!“

„Wenn ich dr saache, es is enne Fliesche!“

„Härregodd, das sinn Kloodn! Das is doch geene Flieje.“

„Das is eene Fliesche!“

„Das sinn Kloodn!“

„Na da bleib bei dein Kloodn!“

„Sowas Dämliches! Ich bin doch nich verrigd. Nadierlich sinn das Kloodn. Ganz betdlich!“

„Daß is enne Fliesche!“

„Wo ich genau die eengeln Kloodn rausheere!“

„Was du nich alles färdi bringst! Ich heere bloß eene Fliesche. Warum solln dnn jädz de Kloodn leidn?“

„Nu, das mechdj ahm gärne wissen!!!“

„De ganndsj druff frlassen: das is enne Fliesche!“

Beide horchen.

Die Glocken haben aufgehört zu summen.

Auch die Fliege läutet nicht mehr.

Der Mann denkt: „Dieses Rhino, dieses eeglhaffde So machd die i
nuh jehdn Daach. Bei jehdr Ge-
lähnheed. Zum Auswachsn. Enne
Flieje. Lachhaffd. Awwr da gann
se niemand droon abbring. Sih
ähm enne Flieje. Das Kood. Und
wenn die Kloodn hier in dr Schduhwe
vor ihrer Nase leidn dähdn: nee,
sih ähm enne Flieje. Alwrn
Kunnadierlich wahrn das Kloodn.
Was denn jonsd. Mir einschdreidn zu
wolln, daß das enne Flieje war. Dieses Rhino.“ — Er schläft ein.

Die Frau denkt: „Wenn das nich zufällig mei Mann wäre,
ich genndn puchn, das Heifährd. Cegal rähd hamm muhr. Alles
bestt wißn. Ich heere betdlich die Fliesche summt: nee, sinn ähm
Kloodn. Da gannmr saachn, was mr will: sinn ähm Kloodn. Jädz,
um die Zeit Kloodn. Das Gemehl. Und das is jehdn Daach so.
Das Schaf. Jehdn Daach so . . .“ — Sie schläft ein.

Beide schlummern.

Sie träumt von einer Fliege, die hoch auf dem Kirchturm
geläutet wird.

Er träumt von Glocken, die ihm übers Gesicht krabbeln.

Ganz leise fängt die Fliege wieder an zu summen.

Es klingt wie fernes Glockenläuten.

Reisen nach dem Saargebiet. Die Frage, in welcher Weise
man bei Reisen nach und aus dem Saargebiet angesichts der
Währungsunterschiede die billigsten Fahrpreise erzielen kann, wird
von der Handelskammer Saarbrücken wie folgt beantwortet: Wir
find der Ansicht, daß man nach Möglichkeit bei einer Reise nach
dem Saargebiet die Reichseisenbahnstrecke in Markt
und die Saarbahnstrecke in Franken bezahlt.
Praktisch läßt sich das dadurch erreichen, daß sich der Reisende eine
Fahrkarte auf die erste Station der Saareisenbahn ausstellen läßt.
Die Ausgabestellen der Reichseisenbahn sind verpflichtet, den Rei-
senden diese Fahrkarten auszustellen. Falls die Fahrkarten an sich
nicht vorrätig sind, müssen sie eben geschrieben werden. Wenn dies
von manchen Fahrkartenschaltern abgelehnt wird, so liegt das
lediglich an den Beamten.



Am Römerbrunnchen im St. Johanner Stadtwald.

Personalnachrichten.

Oberpräsident Rudolf v. Groote. Am 10. Mai verstarb bei einer Sitzung in Maria Laach plötzlich der Oberpräsident der Rheinprovinz, Rudolf v. Groote. Er war mit dem deutschen Rheinland von Geburt an aufs innigste verwachsen. Sein Vater war der Landrat von Ahrweiler. Der jetzt verstorbene Oberpräsident des Rheinlandes trat in ernster und schwerer Zeit an die Spitze der Rheinprovinz, im Jahre 1918. Er hat sich mit ganzer Kraft den Interessen der ihm anvertrauten Provinz gewidmet, was ihm unter den Besatzungsschikanen und infolge der fortgesetzten Eingriffe der Besatzungsbehörden und der Rheinlandkommission in die deutschen Hoheitsrechte und in die deutsche und Provinzialverwaltung nicht immer leicht gemacht wurde. Schon die Tatsache, daß er das Regierungsgebäude und seine Dienstwohnung zugunsten alliierter Behörden und Personen räumen mußte, beweist das. Auch dem Saargebiet stand Oberpräsident v. Groote äußerst nahe, obwohl der Versailler Zwangsvertrag ihm die Verwaltungsbefugnis im Saargebiet entzog. Kein menschlich und als guter Rheinlandsdeutscher hat er die Vorgänge im Saargebiet stets auf das aufmerksamste verfolgt, außerdem stand er als deutscher Abwicklungskommissar für das Saargebiet mit dem Saargebiet ständig in Fühlung. Weniger mit der Bevölkerung, das würde die Saarregierung aus Sorge, er könnte sich in saarländische Angelegenheiten mischen, nicht, sondern in der Hauptsache mit der Saarregierung. Dieser Verkehr wurde von Seiten der Saarregierung wiederholt in überhebender, unhöflicher, man kann sogar behaupten, in unverschämter Weise geführt — kennzeichnend für den Neutralitätsgeist, den diese Völkerbundskommission erfüllt.

Der tiefe Schmerz um all diese rechtswidrigen Verhältnisse, wie sie sich unter dem Regime der Besatzungsbehörde und der Saarregierung im Rheinland und im Saargebiet entwickelt haben, haben die Lebenskräfte dieses aufrechten deutschen Mannes und mit außerordentlichen Gaben ausgerüsteten preußischen Verwaltungsbeamten frühzeitig aufgezehrt. Er starb im Dienste für die Interessen des deutschen Vaterlandes. Er wird wie im Rheinland so auch im Saargebiet stets unvergessen bleiben.

Geheimrat Dr. Muth. Wir berichteten in unserer Nr. 7 vom 1. April d. J., daß der Geheime Justizrat Dr. Muth am 25. März in Saarbrücken an der Ecke Dudweiler- und Bahnhofstraße von einem französischen Militärfahrer überfahren und schwer verletzt wurde. Diesen Verletzungen ist er jetzt nach zweimonatigem Schmerzenslager im Krankenhaus erlegen. Dr. Muth hat im politischen Leben des Saargebiets stets eine bedeutende Rolle gespielt, als Zentrumsmitglied sowohl wie als Kommunalpolitiker. Er war im Saargebiet eine bekannte Persönlichkeit. Seit der Besatzungszeit stand er wiederholt im Mittelpunkt kritischer Erörterungen. Seine frankophile Gesinnung hatte ihn mehrfach zu Handlungen veranlaßt, die schließlich zu seinem Ausschuß aus der Zentrumsparterie führten. Seit jener Zeit hatte er seine politische Rolle, soweit sie sich in der Öffentlichkeit bisher äußerte, ausgespielt. Es ist ein merkwürdiges Geschick, daß er sein Leben durch ein französisches Auto enden mußte. Wir haben mit Rücksicht auf seine zuletzt geübte für das Saargebiet verhängnisvolle Tätigkeit keine Veranlassung, ihm Lobeshymnen als Politiker zu singen; nur das rein menschliche Mitgefühl wollen wir ihm nicht verlagern. Sein Name wird mit der Notzeitgeschichte des Saargebiets verbunden bleiben; er hätte mit goldenen Lettern eingetragen werden können, wenn er seine besonderen Gefühle, die durch das Unglück des Saargebiets neu entfacht wurden, zurückgedrängt hätte im Interesse der neuen Zukunft des Saargebiets.

Der Erbauer des St. Johanner Rathauses, Professor Dr. Ritter v. Hauberisser ist in München im 81. Lebensjahre gestorben. Neben dem neuen Münchener Rathaus sind die Paulskirche in München, die Rathäuser Kaufbeuren und Wiesbaden, die Kirche von Graz und die deutsche Ordensburg im Mährischen bekannte Schöpfungen des Verstorbenen. Der Name Hauberisser ist auch mit der Geschichte der Stadt Saarbrücken verknüpft, da Hauberisser die Pläne für das St. Johanner Rathaus entworfen hat. Am 22. März 1897 wurde der Grundstein zu dem neuen Rathaus gelegt. Am Samstag, den 23. Juni 1900, am Tage vor dem St. Johannisfest, fand die feierliche Einweihung des stolzen Baues statt. Der in gotischen Formen meisterhaft aus rotem Sandstein ausgeführte Bau, dessen Zweckbestimmung schon in seinem äußern klar zum Ausdruck kommt, fand allgemeine Bewunderung. Der charakteristische Rathhausturm, der sich zwischen den beiden Seitenschülfen erhebt, ist das Wahrzeichen St. Johannis. Dieser schöne Bau ist jetzt der Sitz der Verwaltung der vereinigten Stadt Saarbrücken und wird, da er dem Raumbedürfnis nicht mehr genügt, durch einen Anbau vergrößert, der infolge der gesteigerten Preisverhältnisse wohl das Sechsfache der Kosten des Hauptbaues beanspruchen wird. Es ziemt sich in unserer schnelllebenden Zeit des Meisters zu gedenken, der vor 25 Jahren diese Zierde der Stadt erbaut hat und nun nach einem an Erfolgen reichen Leben in hohem Alter entschlafen ist.

Von der Eisenbahn. Versetzungen. Bahnhofsvorsteher Schaedel von Briesfeld in den Bezirk der Eisenbahndirektion Trier; Eisenbahnassistent Birk von Bous nach Saarbrücken, Bureau 3 der Eisenbahndirektion; Eisenbahngespeditör Schläfer von St. Ingbert nach Saarbrücken zur Verkehrskontrolle; Bahnverwalter Kopp von Homburg (Saar) nach Saarbrücken (Personalbüro); Bahnverwalter Knoll von Burbach nach Saarbrücken (Hauptkasse); die Eisenbahnsekretäre Obert von Gersheim und Baumgärtner von Bergbach nach Saarbrücken (Verkehrskontrolle 2); Bahnhofsvorsteher Grauvogel von Friedrichsthal nach Dudweiler; Bahnhofsvorsteher Fraehsdorf von Saarbrücken (Büro 3) nach Heinitz zur Verwaltung des Bahnhofs. Zivilsupernumerar Sahnert von der Eisenbahndirektion nach der Güterabfertigung Saarbrücken Hbf.; Bahnhofsvorsteher Eder von Saarbrücken N.-B. nach Friedrichsthal. Eisenbahninspektor Ruthmann von der Eisenbahndirektion Trier nach Saarbrücken Ab. — **Ernennungen:** Regierungs- und Baurat Conrad und Regierungsrat Fels zu Mitgliedern der Eisenbahndirektion des Saargebiets. Regierungsbaumeister Steinhauer zum Vorstand des Betriebsamts 3 Saarbrücken. Eisenbahninspektor, Rechnungsrat Häuser zum Hilfsarbeiter für das Dezernat 7. Eisenbahnobersekretär Hente zum Hilfsarbeiter für das Dezernat 8. Eisenbahninspektor Meilchen zum Hilfsarbeiter für das Dezernat 31. — **Abgang zu anderen Verwaltungen.** Regierungs- und Baurat Froese nach Breslau. Regierungsrat Dr. Stegner nach Trier. — **Zugang von anderen Verwaltungen.** Regierungsrat Fels von Trier nach Saarbrücken. Regierungsrat Jädel von Ludwigshafen nach Saarbrücken. — **Stellenübertragungen.** Dem Regierungs- und Baurat Sievert die Verwaltung des Betriebsamts 1 Saarbrücken. Der Regierungsrat Jädel ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Direktionsmitgliedes betraut worden. — **Bestandene Prüfungen.** Die Lokführer (Lokführeranwärter) Ernst Model, Adolf Ahmann und Otto Rau in Neunkirchen und Ludwig Schmeer in Saarbrücken zum Lokomotivführer.

Gerichtspersonalien. Ernannt wurde mit Wirkung vom 1. April 1922 ab der Landgerichtsrat Dr. Alois Messinger zum Landgerichtsdirektor, der Landgerichtsassessor Dr. Peter Klein zum Landgerichtsrat und Gerichtsaktuar Hans Bernardy zum Justizobersekretär. Versetzt wurden Justizsekretär Koch an das Landgericht Saarbrücken und Justizsekretär Brendel vom Amtsgericht Lebach an das Amtsgericht Wölklingen.

Aus den Kommunalverwaltungen. Zum Stadtsekretär ernannt wurde der bisherige Verwaltungssekretär M. Blum in St. Wendel. — Ihre Prüfung vor der Verwaltungsbeamtenschule bestanden: zum Obersekretär Stephan und Hef in Wölklingen, Kreisverwaltungssekretär Ruhlgah in Neunkirchen, zum Sekretär Bera, Barth, Krua und Ruppenthal in Wölklingen, Viktor Strickrod in Niebelskirchen.

Aus der Schulverwaltung. Mit Beginn des neuen Schuljahres sind ernannt worden: Seminarlehrer Jenner aus St. Wendel zum Rektor aller Schulen des Gesamtschulverbandes Eppelborn. Rektor Neu aus Hüttigweiler als Nachfolger des verstorbenen Rektors Hoffmann nach Wölklingen, Rektor Koppeltamm aus Fischbach nach Herrensohr, Rektor Siegwart aus Marpingen nach Fischbach und Rektor Müller aus Diefflen zum Nachfolger des in die Regierung berufenen Rektors Vaterrodt nach Saarbrücken. Letzterer ist für die Kreisschulratstelle in Wölklingen ausersehen.

Kirchliche Personalien. Ernannt wurde der Neupriester Herr Fuchs aus Adenau zum Kaplan an der Pfarrkirche zum hl. Ludwig in Saarlouis.

Dienstjubiläen. Am 1. Mai feierte Rektor Goubeaud in Wölklingen sein 50jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß veranstaltete das evangelische Lehrerkollegium ihm eine Feier, bei welcher ihm der Beauftragte der Lehrer, Vertreter des Realgymnasiums, der Gemeinde und der Kirche Glückwünsche und Dank aussprachen für allezeit treue Mitarbeit im Interesse der Jugend-erziehung. Als Erinnerungszeichen wurde dem Jubilar ein Bild überreicht. — Sein silbernes Priesterjubiläum konnte Pfarrer Müller in Merzig übernehmen. Der Tag war ein Festtag für die katholische Gemeinde, an welchem sämtliche Vereine teilnahmen. Am Vorabend fand eine Serenade im Pfarrhause statt, während am Sonntag Jubilate die eigentliche Feier stattfand. — Ein außerordentliches Jubiläum beging der Polizeioberwachmeister Wilhelm aus Saarbrücken. Er ist seit dem 20. Juni 1887 als Polizeibeamter angestellt, und zwar bei der früheren Stadtverwaltung Malsst-Burbach bis zum 1. Oktober 1902 und seit diesem Tage bei der staatlichen Polizei unserer Stadt. Am 1. April 1921 wurde er zum Oberwachmeister befördert. Der Jubilar ist der älteste Polizeibeamte der Stadt Saarbrücken.

In den Ruhestand getreten ist mit dem 1. April d. J. der langjähriger Küster der evangelischen Gemeinde Alt-Saarbrücken, Ludwig Köhl. 42 Jahre lang hat er der Gemeinde in großer Treue und Gewissenhaftigkeit gedient. Dankbar erkennt auch das Presbyterium seine Verdienste an. Alter und Gebrechlichkeit:

haben ihn genötigt, ein Amt niederzulegen, das schon sein Vater und Großvater einst bekleidet haben.

Der Intendant des Saarbrücker Stadttheaters nach Breslau berufen. Der Verwaltungsrat des Breslauer Stadttheaters hat für die Leitung der Breslauer Opernbühne den Intendanten des Saarbrücker Stadttheaters und Direktor des Trier Stadttheaters Tietjen gewählt.

Ihre goldene Hochzeit feierten in der Ritterstraße die Eheleute Jakob Koch und Anna geb. Bistorius. Der Jubilar ist 74 Jahre, seine Ehefrau 69 Jahre alt. Koch ist ein alter Bergmeister von echt deutschem Wesen. Er machte den Feldzug 1870/71 im Infanterie-Regiment Nr. 40 mit und kämpfte in dessen Reihen am 2. und 6. August bei Saarbrücken und den Spicherer Höhen. Drei Söhne standen während des Weltkrieges als Unteroffiziere unter den Fahnen, wovon einer bei Souain den Heldentod fand. — Auch die Eheleute Karl Jenewein und Frau Maria, geb. Regitz, in Neunkirchen, Talstraße, konnten am Himmelfahrtstage bei voller körperlicher und geistiger Frische ihre goldene Hochzeit feiern. Pfarrer Becker, der die Trauung vollzog, überbrachte dem Jubelpaar die Glückwünsche der evang. Gemeinde. Bürgermeister Ludwig Iteß ein Ehrengesamt der Stadt überreichen. — In körperlicher und geistiger Frische feierte ferner das Ehepaar Rechnungsrat Lagenstein in Merzig das 50jährige Ehejubiläum. — Das Fest der Silberhochzeit begingen die Ehepaare Lehrer Balthasar Reisch und Lehrer Treiß, beide in Saarbrücken, und das Ehepaar Photograph Hermann Paar in Wölklingen.

Todesfälle. Rechnungsrat Felix Schreiber, Staatsanwaltschafts-Obersekretär a. D., 73 Jahre; Kunst- und Dekorationsmaler Paul Urschel, 35 Jahre; Theodor Kalle, 18 Jahre; Frau Luise Hoffmann, geb. Milbau, 52 Jahre; Witwe Matth. Schmidt, geb. Becker, 78 Jahre; Alfred Kempe, Hermann Reising; Witwe Karl Stegmann, Friederike geb. Dörfel, 78 Jahre; Frä. Anna Wenz, 49 Jahre; Zugführer Nikolaus Stach, 57 Jahre; Frau Arnoldine Lingenbrink, geb. Hallwachs; Adolf Bächstädt, 23 Jahre; Adolf Thome; Frau Sophie Rötlich, verwitwete Herrnschmidt, geb. Burdhard; Ludwig Peter Blatt, 47 Jahre; Johann Hörner, 58 Jahre; Frau Anna Maria Jung, geb. Nicola, Mitglied des Elisabethvereins, 50 Jahre; Johanna Briß, 18 Jahre; Georg Maack; Heinrich Ohosen, 24 Jahre; Dr. med. Hugo Rüttermann, 55 Jahre; Wilhelm Ziervogel, 71 Jahre; Emma John, 21 Jahre; Frau Magdalena Jäger, geb. Wahlster, Mitglied des Friedensreich-Bundes, 21 Jahre; Johann Chasse, Inh. des Eis. Kreuzes 2. Kl., 51 Jahre; Witwe Anna Brenner, geb. Altmaier, 65 Jahre; Frau Rechnungsrat Joseph Brandt, Helene Hubertine geb. Held, 62 Jahre; Katharina Deutsch, geb. Weiß; Lorenz Lauten, 53 Jahre; Margareta Helena Müller, 15 Jahre; Ingenieur Wilhelm Stordlen, 65 Jahre; Eisenbahn-Zugführer Leo Krüger; Amtsgerichtsrat Josef Diehl, 58 Jahre, während seines Urlaubs in Gleisweiler; Andreas Löh, 47 Jahre; Max Isaac, 73½ Jahre; Ludwig von Schlammersdorf, 53 Jahre; Baptist Bolay, 46 Jahre; Frau Anton Schäfer, Barbara geb. Kallenborn, 59 Jahre; Ludwig Braun, 38 Jahre; Peter Dürin, Hilfsschullehrer, 52 Jahre; Ludwig Kütle, 72 Jahre; Frä. Emma Gottmann, 47 Jahre; Otto Heinrichs, Kaufmann, 56 Jahre; Friedrich Kraemer, Juwelier; Nikolaus Woll, Inhaber des Eis. Kr. 2. Kl., 1. Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Saarbrücken-Malstatt; Johann Zahler, 35 Jahre; Ludwig Traut; pens. Hüttenarbeiter Otto Hopf; Grubensteiger Jakob Groß, 55 Jahre; Joseph Gigont, 41 Jahre; Walzendreher Karl Meyer, 30 Jahre; Frau Witwe Philipp Huber, geb. Kausch, 74 Jahre; Frau Rechnungsrat Franziska Knaut, geb. Schroeter, 83 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Eisenbahnschlosser Friedr. Diener, 22 Jahre, Schafbrücke. — Hugo Kling, 61 Jahre, Gündingen. — Frau Katharina Gute, geb. Wilhelm, Neuseidit. — Zimmermeister Peter Greff, 36 Jahre, Hanweiler. — Peter Kläser, 52 Jahre, Jägersfreude. — Willy Thiel, 17 Jahre, Altenkessel. — Chefarzt Sanitätsrat Dr. Zilleßen; Schuhmacher Ludwig Demmer, 34 Jahre; Peter Schneider, 61 Jahre; Josephine Gütth, 16 Jahre; Frau Peter Reichert, geb. Ferring, Mitglied des Elisabethen- und Muttervereins und der Ehrenwache, 60 Jahre; Georg Anschütz, 18½ Jahre; Frau Peter Welter, Berta, geb. Wagner, 31 Jahre; Gustav Luther, 63 Jahre; Hüttenarbeiter Nikolaus Schilz, 30 Jahre; Kesselschmied Peter Reitherz, 58 Jahre; Frau Adolf Rauber, Marie geb. Ritz, 27 Jahre; Frau Karl Schneider, geb. Ritz, sämtlich in Wölklingen. — Sophie Schmidt, 16 Jahre, Natzweiler. — Franz Krämer, Geislauntern. — Kath. Ottilie Ren, 20 Jahre, Gichenbach-Stumpen. — Kanzlist Richard Feld, Wahlschied. — Hedwig Schmidt, geb. Kreuzberger, 24 Jahre, Hilsbach. — Frau Witwe Nikol. Altmeyer, Margareta geb. Klein, 70 Jahre, Lebach. — Willy Dießner, 45 Jahre, Griesborn; Justiz-Oberwachmeister Rudolf Sakszewski; Friß Schor; Frä. Bertha Wein-

schent; Frau Dominik Drouin, Katharina geb. Paulus, 73 Jahre; Hippolyt Sellier, 64 Jahre; Willi Nikolaus Huber, 17 Jahre; Frau Mathias Philippi, Anna geb. Dewald, 74 Jahre; Frau Math. Wehgerber, Anna Maria geb. Bauer, 47 Jahre; Frä. Kelly Bohle, 35 Jahre; Frau Witwe Peter Focht, 73 Jahre; Frau Heinrich Jungbluth, Kath. geb. Buhler, 65 Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Sidor Levy, 76 Jahre; Vater Jakob Havenner, 39 Jahre, beide in Fraulautern. — Frau Elisabeth Spinas, geb. Konstoffer, 69 Jahre, Hülzweiler. — Karl Schöberger, 16 Jahre, St. Barbara. — Förster a. D. Ludwig Gabriel Weis, Veteran von 1870/71, 71 Jahre; Schriftföher Johann Andreas Gantner, 22 Jahre; Peter Hoffeld; Fabrikassessor a. D. Jakob Streitel, 60 Jahre, sämtlich in Merzig. — Rendant Heinrich Zeitler, 61 Jahre, Sulzbach (Saar). — Frau Witwe Georg Gütther, Elisabeth geb. Dörr, 82 Jahre, Fischbach-Kamphausen. — Frau Lorenz Riehm, Adelheid geb. Gerlach, 73 Jahre, Heiligenwald. — Ludwig Sammel, 63 Jahre, Altenwald. — Frau Helene Metternich, geb. Harig, Inhaberin des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe, 43 Jahre, Quierried. — Friedrich Krauk, 79 Jahre, Espelen. — Rentner Christian Ruff, 76 Jahre; Frä. Frieda Götz, 60 Jahre; R. Decker, 19 Jahre, sämtlich in Wiebelskirchen. — Schulamtsbewerber Albert Klein, 20½ Jahre; pens. Grubenschlosser Ludwig Jungmann, 81 Jahre; Frau Kath. Zimmermann, geb. Maurer; Franz Degen; Jakob Petry, 61 Jahre; Bergmann Adam Glöckner, 33 Jahre; Küfermeister Karl Schrid, 42 Jahre; Frau Witwe Karl Schrid, Pauline geb. Merk, Mitglied der Ehrenwache, 63 Jahre; Regierungsassistent Jakob Lössch, 29 Jahre; Frau Witwe Phil. Emich, Elisabeth geb. Reif, 69 Jahre; Joseph Mompfer, Mitkämpfer von 1870/71, Inhaber der Rettungsmedaille und mehrerer Orden, 76 Jahre; Adam Karg, 89½ Jahre; Frau Sophie Karg, geb. Bleischer; der frühere Mehgermeister Jakob Haas, 81 Jahre; Frau Witwe Katharina Apelt, geb. Müller, Mitglied des Rosenkranz- u. christlichen Müttervereins, 29 Jahre; Ludwig Lorenz, Mitglied des evang. Arbeitervereins, 59 Jahre; Peter Theodor Müller, Mitglied der kirchlichen Gemeindevertretung, des katholischen Gesellen- und Arbeitervereins, des Männerapostolates, Stifter der Hüttenfahne und der Hüttensterbefasse, 68 Jahre; Frau Maria Jung, geb. Hufsong, 32 Jahre; Frau Kath. Liesmann, 62 Jahre; Hüttenpensionär Karl Müller, 65 Jahre; der frühere Mehgermeister und Kriegsbeschädigte Christian Klee, 52 Jahre; Joseph Kaisling, 19½ Jahre; pens. Bergmann Joh. Steininger, 74 Jahre, sämtlich in Neunkirchen. — Steiger a. D. Heinrich Enderlein, 77 Jahre, Sinnerthal. — Franz Rheinhardt, 33 Jahre; Invalide August Heinz, 56 Jahre; Witwe Jakob Eichhorn, Sophie geb. Bed, 81 Jahre, sämtlich in Ottweiler. — Frau Georg Morguet, Maria geb. Rupp, 67 Jahre, Bous. — Irma Katharina Zimmer, 18 Jahre, Niederlingweiler. — Frau Mathilde Fuchs, geb. Hütther, Merxweiler (Saar). — Georg Rothhaar, 46 Jahre, Homburg. — Karl Neumann, 21 Jahre, Bubenhausen. — Ludwig Ruffing, Beeden. — Frau Hugo Trautmann, geb. Dreher, 40 Jahre; Hüttenbeamter Friß Lang, 31 Jahre; Frau Elisabeth Pflug, geb. Foerster, 57 Jahre; Frau Luise Schmelzer, geb. Wendling, 43 Jahre, sämtlich in St. Ingbert. — Jakob Honeder, Veteran von 1870/71, 78 Jahre. — Lehrer a. D. Peter Weber, 75½ Jahre, Clarenthal.

Schule und Kirche.

Der neue Trierer Bischof und das Saargebiet.

Zum Nachfolger des verstorbenen Bischofs Korum wurde bekanntlich am 22. Februar 1922 der Stiftspropst von Aachen und Weihbischof der Erzdiözese Köln Dr. Franz Rudolph Bornewasser, Titularbischof von Lita, zum Bischof von Trier gewählt. Am 18. Mai fand in Trier unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung und des Welt- und Ordensklerus die feierliche Inthronisation des neuen Bischofs statt. Als Ehrengäste wohnten der Feier u. a. bei Vertreter des Malteserritterordens, darunter Prinz Albrecht von Hohenzollern-Namedy, die Regierungspräsidenten von Trier, Fuchs und v. Gröner-Koblenz, Oberpräsidentrat Dr. Franz als Vertreter des Oberpräsidenten, Ministerialrat Dr. Diltgen als Vertreter des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, Eisenbahndirektionspräsident Lohse, Vertreter des katholischen Klerus, kirchlicher Vereine und katholischer Organisationen des Saargebiets usw. Am Tage vorher hatte die feierliche Einholung des neuen Bischofs stattgefunden. Gelegentlich eines Festabends hielt Bischof Bornewasser eine eindringliche Ansprache, in der er die Liebe zum Vaterland verherrlichte.

In einer Audienz, die Bischof Bornewasser den Vertretern des Katholischen Lehrerverbandes „Saarpfalz“ gewährte, gab er diesen die Zusage seines Besuches zu der diesjährigen Hauptversammlung des Verbandes, die am Pfingstdienstag in Saarlouis stattfindet. Der Bischof wird an der öffentlichen Versammlung, die nachmittags 3.30 Uhr im Saalbau stattfindet, teilnehmen und in derselben eine Ansprache an die Lehrer halten.

Mit der Neubesehung des Trierer Bischofsstuhles durch Bischof Dr. Bornewasser sind der gesamten Saarbevölkerung ohne Unterschied der Konfession schwere Sorgen vom Herzen genommen angesichts französischer Bestrebungen, die auf eine Lösung des Saargebietes vom Bistum Trier abzielen.

Ein Franzose Aufsichtsbeamter der saarländischen Volksschulen.

Ganz systematisch setzt die Saarregierung die Verweltlichung der Volksschulen des Saargebietes fort. Nachdem sie gegen den Wortlaut und Geist der Bestimmungen des Versailler Zwangsvertrages und gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung den französischen Sprachunterricht in den Volksschulen mit dem 1. April eingeführt hat, hat sie jetzt zum Dezernenten für diesen französischen Sprachunterricht und zum Aufsichtsbeamten der deutschen Schulen einen französisch orientierten Ausländer ernannt.

Die Verfügung der Regierungskommission, Abteilung für Kultus und Schulwesen, (S. Nr. 462) an die Kreisschulräte des Saargebietes hat folgenden Wortlaut:

Herr Rabinettsschef Du Pasquier ist zum Dezernenten für den französischen Sprachunterricht in den Volksschulen bestellt. Er ist berechtigt, Revisionen vorzunehmen.

Sie werden ergebenst ersucht, dies den Lehrern und Lehrerinnen Ihres Aufsichtsbezirktes zur Kenntnis zu bringen.

gez.: Moltke-Huitfeldt.

Die „Köln. Volkszeitg.“ bemerkt dazu: „Damit ist ein Ausländer Aufsichtsbeamter der deutschen Schule geworden. Du Pasquier stammt aus der französischen Schweiz, woselbst er im Lehrfach tätig war bis zu seiner Berufung ins Saargebiet als Rabinettsschef und erster Vertreter des Kultusministers. Diese Ernennung erscheint uns mit dem Friedensvertrag unvereinbar. Sonst beruft sich die Regierungskommission immer auf denselben. Man sieht, sie kann auch anders, wenn es ihren Zielen entspricht. So hat sie ja auch gegen den Friedensvertrag die jetzigen Regierungsvertreter bis 1924 bzw. 1925 bestätigen lassen, obwohl der Vertrag nur eine Amtsführung von Jahr zu Jahr und dann eine erneute Bestätigung vorsieht. Auch werden in Orten, wo es gar keine Vergleute gibt, französische Schulen errichtet, z. B. in Dillingen, obwohl nach dem Friedensvertrage solche nur für die Kinder des französischen Personals der Bergverwaltung zulässig sind. Wenn es sich aber um Volksrechte handelt, dann weiß die Regierung sich stets auf den Friedensvertrag zu berufen und ihn in ihrem Sinne auszulegen.“

Den Ausführungen des Kölner Blattes braucht man nichts hinzuzufügen. Es genügt, erneut hervorzuheben, daß die Regierungskommission auch hier dem Versailler Vertrag aufs grösste verlegt hat; sie hat es vordem hundertmal getan, sie wird es im Interesse der Franzöisierung des Saargebietes auch in Zukunft tun, bis man schließlich auch im Völkerverbund erkannt haben wird, daß es endlich an der Zeit ist, im Saargebiet nach dem Rechten zu sehen. Man hüte sich, den Bogen zu überspannen. Auf rechtllichem Wege hat das Saargebiet niemals zu Frankreich gehört, auf rechtllichem Wege wird es niemals zu Frankreich kommen. Wenn man es Frankreich angliedern sollte, geschieht es unter Vergewaltigung des Volkswillens, geschieht es mit Lüge und Gewalt. Und diese „Lösung“ wird nicht eine endgültige sein!

Der Fall Bongard erledigt.

Vor einiger Zeit war bekanntlich der Kreisschulrat für die katholischen Schulen der Stadt Saarbrücken, Bongard, von der Regierungskommission seines Amtes enthoben worden. Nicht nur von der gesamten Lehrerschaft Saarbrückens, sondern auch von den weitesten Kreisen der übrigen Bevölkerung war gegen diese Maßnahme Sturm gelaufen worden, da Bongard sowohl als hervorragender Schulmann, wie als Persönlichkeit außerordentlich geschätzt wird. Die Maßnahme hat sich letzten Endes nur darauf gegründet, daß Bongard hinsichtlich des soge-

nannten fakultativen französischen Sprachunterrichts der von der Regierungskommission in den saarländischen Volksschulen eingeführt wird, der Schulbehörde gegenüber der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß ein Unterricht, bei dem die Teilnehmer entsprechend die Pflichtstunden veräumen müssen, kein fakultativer Unterricht im reinen Sinne sei.

Es lag also sonnenklar, daß politische Erwägungen für die Kalkulation Bongards ausschlaggebend waren. Die politischen Parteien, Gewerkschaften, Lehrer-Verbände, die Presse, die gesamte Bevölkerung haben aufs heftigste gegen diese Rechtswidrigkeit und Machtwillkür protestiert, sie haben nicht geruht, bis man sich in der Regierungskommission nicht mehr dem Recht widersetzen konnte.

Auf Grund der eingehenden Verhandlungen, die Beigeordneter Dr. Kuhring mit dem „Minister“ Grafen Moltke-Huitfeldt und den Justizdirektor Heimbürger geführt hat, hat der „Herr Minister“ am 15. Mai die Entscheidung getroffen, daß Stadtschulrat Bongard wieder in sein Amt als staatlicher Kreisaufsichtsbeamter eingesetzt wird. Selbst das französische Propaganda-Organ rang sich die „Erklärung“ ab, „die Kultusabteilung der Regierungskommission habe in Anbetracht des Vertrauens und Ansehens, das Bongard in den weitesten Kreisen der Bevölkerung genießt, den Wünschen der Stadtverwaltung stattgegeben.“

Wir betrachten es nicht als Verdienst der Saarregierung, daß sie solche Entscheidung traf; es war ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. Wenn sie sich hier auf den Rechtsweg zurückgefunden hat, allerdings unter dem Druck überwältigender Tatsachen, dann sollte sie auch einen ebenso selbstverständlichen Schritt weiter tun und das schreiende Unrecht früherer Ausweisungen wieder gut machen. Dazu ist sie ebenso verpflichtet wie zur Wiedergutmachung im Falle Bongard.

Die Berufsschule im Saargebiet.

Das Saargebiet wird eine Berufsschule erhalten. Seit längerer Zeit wird in der Saarpresse der Entwurf über das Berufsschulwesen im Saargebiet besprochen. Nunmehr ist seine endgültige Fassung bekannt gegeben worden. Soweit es sich übersehen läßt, enthält er folgende wesentliche Punkte: Für alle Jugendlichen im Saargebiet unter 18 Jahren wird die Berufsschulpflicht eingeführt. Die Berufsschulen, welche von den Gemeinden einzurichten sind, gliedern sich in örtliche und Bezirks-schulen. Folgende Schularten sind zu gründen: a) Gewerbeschulen, b) Berufsschulen für Industrie, Eisenbahn und Bergwerke, c) Handelsschulen, d) Landwirtschaftliche Schulen, e) Verwaltungsschulen, f) Schulen für ungelernte Berufe, g) Haushaltungsschulen für Mädchen. Die Verwaltung der Schulen liegt bei dem Schulausschuß. Er setzt sich zusammen a) aus dem Landrat, in Stadtkreisen dem Bürgermeister als Vorsitzenden und zwei Kreistagsmitgliedern, b) dem Bürgermeister der Berufsschulgemeinde als stellvertretenden Vorsitzenden und zwei Gemeindevertretern, c) aus je vier Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des betr. Berufszweiges, d) einem Vertreter des Lehrkörpers und e) dem Direktor der Schule. Die Unterrichtsstunden betragen für Lehrlinge im Jahre 320, für ungelernte Arbeiter 160 Stunden. Den Unterricht erteilen hauptamtlich angestellte Lehrer und Lehrerinnen, die wie die Leiter der Schule unmittelbare Staatsbeamte sind. Die Wahlen für den Lehrkörper erfolgen durch den Schulausschuß, die Anstellung durch die Abtlg. für den Kultus und Schulwesen.

Saarländische Lehrerverbände und ihre deutschen Mutterorganisationen. Wir lesen in der „Saarbr. Landesztg.“: „Der Saarverband kath. Lehrerinnenvereine hatte bereits vor zwei Jahren an den Minister für Kultus und Schulwesen, Grafen v. Moltke-Huitfeldt das Ersuchen gerichtet, nach wie vor mit seinem Hauptverband, dem Verbande kath. Lehrerinnenvereine Deutschlands, in lebendiger Verbindung und Gemeinschaftsarbeit verbleiben zu dürfen. Nach zwei Jahren erhielt nunmehr die Verbandsvorsitzende ein Schreiben des Herrn Ministers v. Moltke, in welchem dieser dem Ersuchen stattgibt. Wie wir aus der „Saarl. Schulztg.“ Nr. 5 vom 6. Mai ersehen, ist dem „Saarverband der freien Lehrervereine“ ebenfalls „jederzeit widerruflich“, wie es in der Mitteilung des Minister heißt, die Zugehörigkeit zum „Deutschen Lehrerverein“ und seinen Unterverbänden gestattet worden.“

Sollte man sich im saarländischen „Kultusministerium“ zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß man nicht gewaltsam trennen kann, was naturnotwendig zusammengehört? Dann wäre nur zu hoffen, daß sich diese Erkenntnis auch in den übrigen Abteilungen der Saarregierung durchsetzt.

Die 3. evangelische Pfarrstelle in Dillingen, die am 1. April 1922 gegründet wurde, wurde mit Pfarrer Alleweldt, bisher Hilfsgeistlicher in Dillingen besetzt.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Für die Ausschmückung des Erfrischungsraumes im Stadttheater war bekanntlich ein Preisausschreiben erlassen worden. Nach einstimmigem Beschluß des Preisrichterkollegiums wurden zuerkannt: ein 1. Preis von 10 000 Mark dem Entwurf von Erich J. Dietrich, Saarbrücken, ein 2. Preis von 5000 Mark dem Entwurf von Franz Reinland. Die Ausführung soll dem ersten Preisträger übertragen werden. — Vom Verlag Gebr. Hofer A.-G. wird ein Saarkalender vorbereitet. Mit der Herausgabe wurde der frühere Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“, Albert Zühlke beauftragt. Wer die empfindende Seele dieses Mannes für die Natur Schönheiten, für die besondern landschaftlich-industriellen Reize unserer herrlichen Saarheimat, für die Herzensregung und Charaktereigenschaften ihrer Bevölkerung kennt, der weiß, daß hier ein wirkliches Saarheimatbuch entstehen wird. Er sagt in seiner Ankündigung, daß der Kalender der völkischen Heimatliebe als Kräftigung und zugleich als Trost gewidmet sein soll als neues Bindeglied, das, fern der Politik, des Saarlands Kinder froh im Geiste vereint. — Im Saarmuseum veranstaltet zurzeit der „Bund für Volksbildungspflege“ eine Kunstausstellung, der er diesmal das Thema „Der Holzschnitt“ zugrunde legt. — Der hier ansässige, allgemein geschätzte Kunstmaler Fritz Grewenig hat eine Kunstschule eröffnet. — Alfons Lentes, der in Schiffweiler als Lehrer wirkt, hat eine größere Reihe von flott gehaltenen Federzeichnungen fertiggestellt, das Ergebnis der Wanderung eines Künstlers durch das romantische Moseltal. Diese „Moselwanderung“ bietet gegen 30 Ansichten, eine Mappe, die bereits in den Besitz eines Schiffweiler Kunstfreundes, des Herrn Witt, übergegangen ist. — Im verflossenen Vierteljahre wurden auf den beiden Standesämtern der Stadt 690 Geburten, 494 Sterbefälle und 38 Totgeburten beurkundet und 335 Eheschließungen vorgenommen. Gegen dieselbe Zeit des Vorjahres hat die Zahl der Geburten etwas abgenommen, dagegen sind — eine auffallende Erscheinung — die Sterbefälle um über 100 gestiegen. Auch die Zahl der Eheschließungen hat noch zugenommen. Im Monat März ist die Einwohnerzahl Saarbrückens abermals und zwar von 116 220 auf 116 067 zurückgegangen. Die Zahl der Zugezogenen betrug 1141, der Fortgezogenen 1427. — Das der Witwe des verstorbenen Lokomotivführers Karl Schmidt gehörige Anwesen, Meherstraße 50, ist von dieser an den Lokomotivführer H. Hürther hierfür zum Preise von 60 000 Mark verkauft worden. — Neben verschiedenen anderen größeren Neubauten im Ostviertel wurde daselbst, und zwar an der Uhlandstraße, mit dem Bau des Handelskammergebäudes begonnen. — Ein größerer Waldbrand entstand in der Nähe des Ludwigsparks. Rund ein A. Schöpfung sind dem Element zum Opfer gefallen. Wie verlautet, sollen Jüngens, die fahrlässig mit Streichhölzern umgingen, den Brand verursacht haben. — Ein in Püllengarten wohnhafter Mann mißhandelte seine Stieftochter derart, daß sie starb. — Im Jähzorn erschoss der 22 Jahre alte Arbeiter Peter Bauer aus Burbach ein 15jähriges Mädchen namens Maria Schmitz in dessen elterliche Wohnung, Koblenzer Straße 6. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. — Einem Herrn wurde nachts in der Kaiserstraße durch einen Unbekannten eine Handtasche mit 50 000 Mark Bargeld entrisen. Der Täter entkam. — Einem Manne in Burbach wurde in dessen Abwesenheit seine ganze Wohnungseinrichtung, bestehend in Möbeln, Fahrrad und Lebensmitteln sowie Bargeld und Wertpapiere in einem Gesamtbetrage von 200 000 Mark gestohlen. — Die Frankfurter Kriminalpolizei verhaftete in einem Hotel zwei 21 Jahre alte Büroangestellte aus Saarbrücken, die einer Saarbrücker Expeditionsfirma 662 000 Mark unterschlagen hatten. Sie waren darauf nach Frankfurt gereist und hier brachten die jungen Leute das „Sümmchen“ bis auf 4000 Mark in wenigen Tagen durch. Ein dritter Täter, bei dem 21 000 Mark vorgefunden wurden, wurde in Höchst a. M. verhaftet.

Böblingen. An Gasvergiftung gestorben ist das eineinhalb Jahre alte Kind eines Grubenbeamten. Die Eltern fanden ihr Kind bei der Rückkehr von einem Ausgang tot in der von Gas angefüllten Wohnung vor.

Ottenshausen. Das in der Blumenstraße gelegene Wohnhaus der Witwe Käufer ging zum Preise von 120 000 Mark in andern Besitz über.

Rodershausen. Zur Durchführung der elektrischen Beleuchtung in unsern Ort wurde eine Genossenschaft gegründet.

Püttlingen. Den 58 im Weltkrieg gefallenen Mitgliedern des Katholischen Künstlingsvereins wurde eine Gedenktafel gewidmet. Die kürzlich erfolgte Enthüllung der Tafel gestaltete sich zu einer ergreifenden Totenehrung.

Risdorf. Unsere Kirche hat neue Glocken erhalten, die unter starker Beteiligung der Gemeinde vor drei Wochen geweiht wurden.

Vödingen. In Nalbach bei Vödingen erschoss ein 19jähriger Bursche seine 16jährige Geliebte Maria Bach im Hause ihrer Eltern, wo er als Kostgänger wohnte. Dann verlegte er sich durch einen Schuß selbst tödlich.

Merxern (Kr. Merzig). Die beiden Söhne des Gipfenmeisters Miroll-Meyer ertranken bei einer Kahnfahrt auf der Saar. Der jüngere 11 Jahre alte Sohn sprang in die Saar, als der Kahn durch die Strömung umzuschlagen drohte. Sein 14 Jahre alter Bruder sprang ihm nach, um ihn zu retten. Es ertranken aber beide.

Merzig. Das Haus des Rentmeisters Heinze in der Kaiserstraße neben der evang. Kirche mit einem Stück Garten ging für 360 000 Mark in den Besitz des Viehhändlers Heint. Adam über. — Das in der Fellenbergstraße Nr. 3 gelegene, der Frau Witwe Monz gehörige Wohnhaus mit Stall und Garten ging trotz des hohen Angebots von 250 000 Mark nicht in anderen Besitz über. — Die Erweiterung des hiesigen Kirchhofes ist im vollen Gange, und die Arbeiten gehen ihrem Ende entgegen.

Mettlach. In einer hiesigen Wirtschaft gerieten abends 10 Uhr junge Leute in Streit, wobei der 23jährige Fabrikarbeiter J. Dohr aus Reuchingen durch einen Messerstich den Tod fand. Der Täter ist der in Vödingen beschäftigte Eisenbahnarbeiter W. Emmel, ebenfalls aus Reuchingen.

Sulzbach. Auf Grube Altenwald wurde der Bergmann Peter Scheib aus Tholey von niedergehendem Gestein tödlich getroffen. Der Verunglückte stand im 42 Lebensjahre und hinterläßt Frau und fünf Kinder.

Dudweiler. Die katholische Kirchengemeinde hat ihre während des Krieges abgegebenen Kirchenglocken durch vier neue ersetzt, die kürzlich eingeholt und geweiht wurden.

Heiligenwald. Auf Grube Nienplich verunglückte der Bergmann Peter Bahl aus Wemmelweiler so schwer durch herabfallendes Gestein, daß er einen doppelten Schädelbruch davontrug. Der Bedauernswerte verstarb auf dem Transport zum Lazarett.

Kriedrichsthal. Der 12jährige Sohn der Familie Friedrich Wilhelm wurde von einem Auto überfahren und getötet.

Neunkirchen. Was Häuser im Saargebiet kosten, zeigt ein Verkauf, der vor einigen Tagen im benachbarten Espen gestätigt wurde. Ein Klempner namens Hellriegel verkaufte sein dort in der Heinitzstraße belegenes (einstöckiges!) Wohnhaus zum Preise von 400 000 M. an den Lehrer Maurer-Espen.

Espen. Die Frau des Bergmanns A. R. erkrankte und verstarb an Schlafkrankheit.

Schwalbach. Den im Kriege gefallenen Soldaten unserer Pfarrei wurde auf dem geweihten Boden unserer Kirche eine würdige Gedächtniskapelle errichtet, die kürzlich eingeweiht wurde. Auf einem etwa ein Meter hohen gemauerten Sockel steht ein Bild, welches die Beweinung Christi darstellt. Das Ganze ist aus einem Holzbloß geschnitten und ist ein Werk des Meisters Steinlein aus Eltvile. Auf den seitlich angebrachten Tafeln sind in vergoldeten Buchstaben die Namen der 132 gefallenen Soldaten eingegraben.

Elversberg. Um neues Baugelände zu erhalten, hat die Gemeinde das Gelände der früheren Braunschen Ziegelei im Orte angekauft. Durch Teilung sollen Baustellen geschaffen werden. Der Kaufpreis für das ehemals Braunsche Anwesen beträgt 740 000 M. Eine neue Straße wird das neue Baugelände in der Längsrichtung durchschneiden.

St. Wendel. Nach der letzten Volkszählung vom 6. April 1922 beträgt die Einwohnerzahl der Landbürgermeisterei Alweiler 12 571, davon entfallen auf Alweiler 1560 Personen, Bliesen 1973, Gronig 825, Gidesweiler 680, Marpingen 2775, Oberthal 1574, Urexweiler 1945 und Winterbach 1239 Personen. — Eine ortsgeschichtliche Ausstellung soll nach dem Plan des Rektors Oberreis hier stattfinden. Ausgestellt werden sollen aus den Haushaltungen altansässiger Familien z. B. Möbel, Bilder, Schmuckstücken, Gebilde u. a. m. Aus völkischen Gründen heraus ist der Ausstellung ein voller Erfolg zu wünschen. — Einer Frau, aus Breiten gebürtig, wurde von einem unbekannt gebliebenen Mann am Bahnübergang beim Tholeyer Berg ein Paket und die Handtasche mit 4500 M. abgenommen.

Alweiler (Kr. St. Wendel). In der Bürgermeisterei Alweiler, die nahezu 13 000 Seelen hat, wurden 64 Neubauten in Angriff genommen, die ohne staatlichen Bauzuschuß hergestellt werden und 9 Neubauten mit staatlichem Zuschuß.

Marpingen. Die im Banne Marpingen gelegene und dem früheren Bürgermeister Dreßen von Alweiler gehörige Jagd wurde dem Mühlenbesitzer Peter Scherer von Marpingen zum Preise von 27 000 M. zugeschlagen.

Homburg. Im Kraftwerk waren zwei junge Arbeiter mit dem Anziehen einer unter Dampfdruck stehenden Blindflasche beschäftigt, die plötzlich in Stücke ging. Der 21 Jahre alte Schlosser Karl Neumann wurde von seinem Arbeitsplatz herabgeschleudert und war sofort tot.

St. Ingbert. Die Straße zwischen St. Ingbert und Sulzbach hat sich am 16. Mai in der Nähe des Ortes Schnappach in einem größeren Streifen gesenkt. Ein Lastauto passierte gerade die Stelle, als die Erdsenkung erfolgte, konnte aber noch über den grabenartigen Bruch hinwegkommen. Drei (?) Meter unter der Bruchstelle arbeiten die St. Ingberter Bergleute.

Aus dem Saarbergbau.

3000 Saarbergleute vor der Entlassung?

Seit längerer Zeit waren im Saargebiet Gerüchte im Umlauf, wonach die französische Bergwerksverwaltung an der Saar die Entlassung mehrerer tausend deutscher Bergleute beabsichtige. Wir berichteten darüber bereits in unserer Nr. 1 des 3. Jahrgangs am 1. 1. 22. Die Nachricht wurde von der französischen Grubenverwaltung kategorisch dementiert, obwohl tatsächlich die Absicht bestand und entsprechende Vorschläge ausgearbeitet waren. Da die Gerüchte sich immer mehr verdichteten, erbaten die Organisationen in einer Eingabe an die Bergwerksverwaltung Aufklärung. Die mündlich gegebene Antwort lautet, daß wegen der schlechten Lage des Abjages und um weitere Lohnkürzungen, bzw. Feierschichten hintanzuhalten, die Bergverwaltung sich tatsächlich mit der Absicht trage, die Belegschaft um 2800 Mann zu verringern. Es bestand auch schon der feste Plan, die Kündigungen bereits am 15. Mai mit Wirkung ab 1. Juni vorzunehmen. Von der Kündigung betroffen werden sollten ausschließlich Belegschaftsmitglieder, die außerhalb des Saargebietes ihren Wohnsitz haben.

In weiteren Verhandlungen wurde von der Bergwerksverwaltung immer wieder versichert, daß die Abzahlverhältnisse eine Verminderung der Belegschaft unbedingt erheische. Die Organisationsvertreter versuchten, diese einschneidende Maßnahme zu verhindern. Schließlich wurde mitgeteilt, daß die Entlassungen bis 1. Juli verschoben seien. Gleichzeitig aber ließ sie keinen Zweifel darüber, daß die Entlassungen perfekt werden müßten, falls es den Vertretern der Organisationen nicht gelingen sollte, eine Kohlenausfuhr in Höhe von ungefähr 200 000 Tonnen nach Deutschland zu ermöglichen.

Die Organisationsvertreter verhandelten nun am 4. und 6. Mai in dieser Frage mit den Regierungen in Trier, Speyer und Birkenfeld. Im weiteren Verlauf dieser Aussprache mit diesen Stellen fand am 10. Mai und an den folgenden Tagen eine Verhandlung über diese Frage in Berlin statt. Das Resultat dieser fast ausschlaggebenden Verhandlung mit dem Reichskohlenkommissar und dem Verkehrsminister ist kurz folgendes:

Seitens des Reichskohlenkommissars wurde bestimmt versichert, daß der Einführung von Saarkohlen nach Deutschland keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen. Da die süddeutsche Industrie bereits Saarkohlen abnimmt, zeigte sich der Verkehrsminister auch bereit, für die Betriebe des Reichs den Bedarf mit Saarkohlen zu decken. Vorläufig sollten es 180 000 Tonnen sein, die in 6 Monaten zu liefern seien. Die Abnahme von weiteren Mengen, und zwar in Höhe von etwa 300 000 Tonnen wurde von ihm zugesagt.

Das Ergebnis ist also folgendes: Nachdem Frankreich alles getan hat, um Deutschland den Weiterbezug von Saarkohle unmöglich zu machen, beauftragt es jetzt die deutschen Gewerkschaftsvertreter, mit Deutschland über den Wiederbezug von Saarkohle zu verhandeln!

Es erweist sich also wieder einmal, daß sich politische Annektionsziele meistens nicht mit wirtschaftlichen Entwicklungen und Tatsachen vereinbaren lassen!

Die Märzförderung der Saargruben betrug insgesamt 1 042 866 To. (i. B. 888 184 To.). Infolge eingeleiteter Feierschichten wurde nur an 27 Tagen gearbeitet. Die Halbenbestände haben sich dennoch um 75 815 To. vermehrt. Die Zahl des gesamten Personals einschließlich 2984 betrug 75 039 gegen 75 129 Köpfe. Die Zahl der Arbeiter wurde um 99 vermindert, die der Beamten um 9 vermehrt!

Aus dem Saarwirtschaftsleben.

Preise und Verdienste im Saargebiet.

Der Maßstab für die Lohn- und Gehaltspolitik im Saargebiet: Die Teuerungszahl der Stadt Saarbrücken ist im April auf 4380 gestiegen. Man vergleiche diese Zahl mit den früheren Veröffentlichungen im „Saar-Freund“, dann sieht man sofort die riesenhafte Anschwellung, die leider noch fortgeht und das Saargebiet als Ede Westdeutschlands kennzeichnet.

Der Lohn eines Bauhandwerkers, der mit der Teuerungszahl gleitet, beträgt jetzt rund 36 Mark pro Stunde. Die Gehälter in Handel und Industrie, die Löhne in den noch in

Mark verrechnenden Gewerben, richten sich auch nach dieser Zahl und behalten steigende Tendenz.

Von den deutschen Lebensmittellieferungen treffen jetzt die ersten rationierten Mengen ein. Deutsche Kartoffeln kosten 4 M. das Pfund gegen 5—7 M. bei Auslandsware. Eier aus Deutschland werden für 5,60 M. das Stück abgegeben, gegen 7—8 M. Käse soll 39 Mark kosten, Brot kostet jetzt 27 M. Von der deutschen Butter ist ein Preis noch nicht bekannt, andere Butter kostet hier 140 M. Leider klappt die Bezugs- und Verteilungsorganisation noch nicht ganz, so daß zum Beispiel die verteilten Eier nicht ganz frisch waren.

Der gleichbleibende Frankenkurs der letzten Monate, die Feierschichten im Bergbau und die drohenden Entlassungen in den Staatsbetrieben vergällen den davon Betroffenen sehr stark die Freude am Frankverdienst, weil die bisherigen Vorteile immer mehr schwinden. v. C.

Gründung eines saarländischen Bankangestelltenvereins. Eine Anzahl Bankangestellter haben in Saarbrücken einen eigenen, von den deutschen Stammverbänden losgelösten saarländischen Bankangestelltenverein gegründet, der sich nach seinen Satzungen die gewerkschaftliche Vertretung der Bankangestellten zur Aufgabe gemacht hat. Abgesehen davon, daß ein solch kleines Gebilde gewerkschaftlich nicht lebensfähig ist und die Gründung eine bewußte Preisgabe der im Friedensvertrag garantierten Anerkennung der deutschen Gewerkschaften im Saargebiet bedeutet, enthält die Satzung einen außerordentlich besremdenden Satz, welcher sagt, daß alle Bankangestellten, ohne Unterschied der Nationalität, Mitglieder werden können. Wo die tatsächliche Ursache zu suchen ist, daß diese Wendung hineingekommen, läßt sich natürlich nicht so ohne weiteres sagen.

In einer Zuschrift eines Angehörigen des neuen Vereins an die „Saarb. Landesztg.“ wird versucht, die schweren Bedenken, die diese Neugründung in allen Kreisen der Bevölkerung erregt hat, damit zu zerstreuen, daß erklärt wird, „da der S. B. V. politisch neutral sein, nur reine Berufsinteressen wahrnehmen will, so finden Ausländer Aufnahme, soweit sie im Saargebiet angestellt sind. Der große Einfluß der ausländischen Banken am hiesigen Plage macht es erforderlich, daß zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer eine Organisation besteht, daß sämtliche hier tätigen und gemäß Verordnung der Regierungskommission als Saareinwohner geltenden Bankangestellten von dieser Organisation erfasst werden können.“

Der vorstehende Umstand hat uns veranlaßt, den von Ihnen beanstandeten Passus in die Satzungen aufzunehmen.“ Das „Märk“ die Angelegenheit nur nach der Seite hin, daß man dem Druck der ausländischen Banken, also dem französischen Druck nachgegeben hat. An dieser Tatsache ändert auch nicht der Anschluß an den Afa-Bund.

Streik der Saarbrücker Bankangestellten. Die Saarbrücker Bankangestellten sind am 20. Mai in den Streik eingetreten, nachdem ihre Forderungen nicht erfüllt und der Abschluß eines Tarifvertrages abgelehnt worden war. Der Streik droht größeren Umfang auch über Saarbrücken hinaus anzunehmen.

Aussperrung auf den früheren Mannesmannröhrenwerken Bous. Nach einer Bekanntmachung der Direktion der früheren Mannesmannröhrenwerke in Bous wurde die ganze Belegschaft wegen angeblichen Tarifbruchs ausgesperrt. Die Werke wurden stillgelegt. Von seiten der Arbeiter wird der Tarifbruch bestritten, vielmehr habe die Werkdirektion die Abmachungen nicht innegehalten, weshalb die Arbeiter in den Streik getreten seien.

Zur Lage der Saar-Eisenindustrie wird in dem französischen Saarbrücker Organ zur Vorbereitung der Annexion des Saargebiets durch Frankreich mitgeteilt:

„Die Saarwerke sind weiterhin gut mit Aufträgen versehen, so daß sie für neue Geschäfte noch immer Lieferzeiten von einigen Monaten beanspruchen müssen. Der Absatz nach Frankreich hat sich weiter gesteigert. Besonders in Blechen ist die Nachfrage für die Ausfuhr nach dort lebhafter geworden. Die Preiserhöhung für deutsche Eisenerzeugnisse ist ohne Einfluß auf die Preise der Saarwerke für ihre Lieferungen nach Deutschland geblieben. Von 30 Hochöfen sind zurzeit 20 in Betrieb.“

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese optimistische Auffassung über die Lage der Saar-Eisenindustrie in vollem Umfange bestätigt.

Ein neues Dampfsägewerk in Kraulautern. Wie verlautet, soll in Kraulautern in allernächster Zeit mit dem Bau eines neuen Dampfsägewerkes begonnen werden. — In den kürzlich hier neu erbauten Metallwerken werden bereits 30 Arbeiter beschäftigt. Nach vollständiger Vertiaustellung der Bauten soll die Belegschaft auf 100 Mann erhöht werden.

Aus den Gemeinde- und Kreis-Verwaltungen.

Saarbrücken. Aus dem Bericht über die städtische Verwaltung im Jahre 1920 heben wir folgendes hervor:

Die Staatseinkommensteuer ist im Berichtsjahr in ihrem Sollaufkommen von 27 Millionen in 1919 auf 7,4 Millionen gestiegen; die Einkommen der Gemeinde-Einkommensteuer betrug 1920 30,4 Millionen. Sämtliche Gemeindebesteuerungen brachten in 1920: 42,9 Millionen ein. Der Gesamtbetrag aller Gemeindebesteuerungen ergibt auf die Bevölkerung gleichmäßig umgelegt eine Belastung auf den Kopf der Bevölkerung von 378,60 M. (1919: 122,16 M.)

Das Gesamtvermögen der Stadt hat sich im Berichtsjahr um rund 20,6 Millionen auf 116,3 Millionen erhöht, im wesentlichen durch Vermehrung und Neueinrichtung von Fonds im Kapitalvermögen. Die Werte des Grundvermögens, der Betriebswerke und Sondergüter sind dabei im wesentlichen mit den Friedensmieten eingesezt. Das so ermittelte buchmäßige Vermögen überstieg um 32,7 Millionen die Schulden der Stadt, die sich Ende 1920 auf 83,5 Millionen beliefen. Trotzdem die Schulden im Berichtsjahr um rund 10 Millionen stiegen, war der Vermögensüberschuß am Ende 10 Millionen höher als Ende 1919. Das Gesamtvermögen verteilt sich auf Grundvermögen von rund 485 Hektar mit 42,5 Millionen, Kapitalvermögen 45,2 Millionen, Bücherwert der städtischen Betriebswerke 14,9 Millionen, Vermögen der Sondergüter des Stadtparkes Ludwigsberg 13,6 Millionen. Das rechnungsmäßige Soll aller städtischen Kassen einschl. Extraordinarium betrug in Einnahme 515 (1919: 216) Millionen, in Ausgabe 490 (1918: 153) Millionen. Am 1. Oktober 20 wurde das Kable-Exzeum auf die Stadt übernommen.

Die Zahl der Schulkinder in den städtischen Volksschulen ist nur wenig weiter gesunken (16 269 gegen 16 341). Im ganzen waren 8521 Knaben und 7748 Mädchen eingeschult, von denen 58 Prozent dem katholischen und 41 Prozent dem evangelischen Bekenntnis angehörten. Nach der städtischen Baukostenzuschußordnung wurden mit städtischen Zuschüssen 30 Neubauten mit 62 Wohnungen und durch Um- und Erweiterungsbauten in 16 Häusern 34 Wohnungen neu hergestellt. Die ausschließlich auf städtische Kosten errichteten Kleinbauten in verschiedenen Straßen wurden im Sommer 1920 mit 75 Wohnungen in 25 Häusern bezogen. Die von der Stadt geleitete Gemeinnützige Siedelungsgesellschaft hat von den vorgesehenen 260 Wohnungen die beiden Probehäuser mit 8 Wohnungen bezugsfertig und 14 Häuser mit 84 Wohnungen im Rohbau hergestellt. Bei der städtischen Sparkasse waren die Einlagen um rund 24 Millionen auf 70 Millionen am 1. April 1921 gestiegen.

Böblingen. An Stelle des kommiss. Bürgermeisters Krauswische wurde Bürgermeister Jansen von Bous zum Bürgermeister Böblingen gewählt und bestätigt. Kürzlich fand seine Einführung durch Landrat Dr. Bogler statt. Bürgermeister Jansen betonte, sein besonderes Augenmerk auf die Klärung der Finanzverhältnisse sowie auf das Gebiet der sozialen Fürsorge richten zu wollen. Seine ganze Kraft und Erfahrung als Bürgermeister, der eine 15jährige Tätigkeit hinter sich habe, stelle er der Bürgermeisterei zur Verfügung. An die Gemeindevertreter und die Beamtenschaft richtete er die Bitte um weitere vertrauensvolle Mitarbeit zum Wohle Böblingens.

Neudorf-Altenkessel. Der Gemeinderat von Püttlingen beschäftigte sich in einer besonderen Sitzung mit der Selbständigmachung der Gemeinde Altenkessel-Neudorf-Rodershausen. Einstimmig wurde die Abtrennung dieser Gemeinden von der Gemeinde Püttlingen beschlossen. Der Gemeindevorstand verbleibt zwanzig Jahre in Besitz und Nutzung beider Gemeinden, das übrige Vermögen und die Schulden werden nach näherer Vereinbarung geregelt.

Geislauren. Die Abtrennung der Gemeinde Geislauren aus dem Bürgermeistereiverband Böblingen hat der Gemeinderat von Geislauren in seiner letzten Sitzung beschlossen.

Bous/Saar. Am 19. Mai wurde der mit der kommissarischen Verwaltung unserer Bürgermeisterei beauftragte Bürgermeister Neß als Nachfolger des nach Böblingen berufenen Bürgermeisters Jansen durch Landrat Land in sein Amt eingeführt.

Saarlouis. Die Verpachtung der Trainkaserne wurde durch die Stadtverordneten nach längerer Besprechung beschlossen. — Eine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise ist am 10. d. M. in Kraft getreten. Als Grundpreis für die beiden ersten Teilstrecken werden 4 Mark erhoben, jede weitere Teilstrecke kostet 2 Mark.

Spiesen. Mit dem 1. Januar dieses Jahres wurden die beiden Gemeinden Spiesen-Elversberg von der Bürgermeisterei Neunkirchen abgetrennt und zu einer selbständigen Bürgermeisterei erhoben. Jetzt beschäftigt man sich mit dem notwendigen Plan der Errichtung eines Bürgermeistereigebäudes. Vorgeschlagen ist ein Platz an der Wilhelmstraße, ein anderer an der Neunkirchener Straße (Butterberg) und ein dritter an dem Galgenberg. Zu einer Einigung ist man noch nicht gekommen so daß wahrscheinlich in diesem Jahre noch nicht mit dem Bau wird begonnen werden können.

Verkehr.

Sommer-Sonderzüge der Saareisenbahnen. Ueber die Einlegung von Sommer-Sonderzügen schreibt die Eisenbahndirektion Saarbrücken folgendes: An Stelle der bisherigen Ferien-Sonderzüge werden in diesem Jahre 278 Sommer-Sonderzüge 3. Klasse in den Monaten Juni, Juli und August mit einer Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent nach Süd-, Mittel- und Norddeutschland gefahren. Zu diesen Zügen werden Sommer-Sonderzug-Rückfahrkarten 3. Klasse mit einer Gültigkeitsdauer von 60 Tagen ausgegeben. Diese Fahrkarten sind für die Hinfahrt nur für den betr. Sommer-Sonderzug, für die Rückfahrt dagegen für alle fahrplanmäßigen Züge, in Schnellzügen gegen Zahlung des Schnellsatzzuschlags, gültig. Von den Zügen verkehren am 15./16. Juli und 1./2. August ein Zug Saarbrücken—München und Kaiserslautern—München; 1. Juli Saarbrücken—Freiburg; 10. August Saarbrücken—Trier nach Freiburg; 9./10. August Saarbrücken—Trier—Köln—Koblenz nach Berlin.

Zugverbesserungen. Statt eines beschleunigten Personenzuges legt die Eisenbahnverwaltung ab 1. Juni zwei neue Schnellzüge auf der Strecke Frankfurt—Kreuznach—Saarbrücken ein. Der neue Schnellzug geht morgens 6,00 ab Saarbrücken, 9,00 ab Kreuznach, 15,55 an Frankfurt. Zurück: Frankfurt ab 5,15 Uhr abends, 6,16 Uhr ab Mainz, 6,54 ab Bingerbrück, 7,13 ab Kreuznach, Saarbrücken an 10,00 Uhr. Im übrigen verändert sich der Fahrplan nur unwesentlich.

Eine Autoverbindung Bedingen—Reimsbach—Düppenweiler wurde dem Verkehr übergeben.

Postschekamt für das Saargebiet. Die zum 15. Mai geplante Inbetriebnahme des Postschekamts für das Saargebiet, das lediglich zur Förderung der wirtschaftlichen Loslösung des Saargebiets von Deutschland geschaffen wurde, mußte aus betriebstechnischen Gründen verschoben werden. Sie wird voraussichtlich erst am 1. Juni d. J. erfolgen können.

Post nach dem Saargebiet. Unzureichend frankierte Sendungen nach dem Saargebiet haben unter dem Strafporto zu leiden. Das Porto vom unbefreuten Deutschland aus ist das gleiche wie sonst innerhalb des Deutschen Reiches, aber das Strafporto muß an der Saar in Frankenwährung bezahlt werden: da sind 60 Cts. bei einem Kurs von 30 gleich 18 Mark! Behörden dürfen deshalb auch portopflichtige Dienstschreiben nicht unfrankiert an die Saar schicken, weil der Empfänger dadurch viel schwerer getroffen wird als im übrigen Deutschland. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß als Rückporto für einfachen Brief 2 Mark nicht ausreichen; bei dem erwähnten Kurs von 30 kostet das Antwortschreiben vom Saargebiet aus 4,50 Mark.

Die Zollkontrolle an der pfälzischen Grenze. Die Handelskammer zu Saarbrücken gibt bekannt: Den eindringlichen Bemühungen der Handelskammer beim Landesfinanzamt Würzburg ist es nun endlich gelungen, den Widerstand gegen die Zollkontrolle der Reisenden in den Zügen in Zweibrücken zu überwinden. Das Landesfinanzamt in Würzburg hat mit sofortiger Wirkung die Anordnung getroffen, daß von einem Aussteigen der Reisenden am Bahnhof Zweibrücken zwecks Zollkontrolle abzusehen wird. Die Zollkontrolle findet von nun ab in den Zügen statt.

Aus dem Partei- und Gewerkschaftsleben.

Wahlgang aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen. In der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ (Nr. 104 vom 24. Mai) findet sich nachstehender Bericht über eine Sitzung des Unterbezirksausschusses der KPD. Saargebiet, in dem es zum Punkt „Organisation“ heißt: 1. Der Stand der kommunistischen Organisation im Saargebiet, die mangelhafte Verbindung zwischen dem Sekretariat und den einzelnen Ortsgruppen, die unregelmäßige Abrechnung, die völlig unzulängliche Referententätigkeit zeigen, daß der Gen. Wahlgang den gewaltigen organisatorischen Aufgaben, die die Bewegung im Saargebiet an einen kommunistischen Sekretär stellt, nicht im geringsten gewachsen war. 2. Die politische Einstellung des Genossen Wahlgang hat sich in den letzten Monaten immer mehr von der politischen Linie der Partei entfernt, und in den Mitgliederkreisen eine immer größer werdende Ablehnung hervorgerufen. 3. Aus diesen Gründen kann Wahlgang weder als Sekretär noch als Mitglied der Partei weiter in Frage kommen. Die Unterbezirksleitung und der Unterbezirksausschuß entnehmen ihm deshalb seiner Funktion und schließen ihn aus der Partei aus.

Man darf gespannt sein, ob man demnächst erfahren wird, daß Herr Wahlgang im Büro des Herrn Richter eine verbiente Anstellung bekommen haben wird. Herr Wahlgang gehört bekanntlich zu jenen Personen, die ohne Auftrag das Telegramm unterzeichnet haben, das auf Veranlassung gewisser interessierter Stellen nach Genf geschickt wurde, um die edle Saardelegation in Genf als „Pseudo-Delegation“ hinzustellen. Wir wissen nicht, ob der Ausschluß Herrn Wahlgangs mit der Wandlung innerhalb der Saar Kommunisten zusammenhängt — auf jeden Fall wird sich jeder sein Besonderes dabei denken können!

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

□ **Arbeitsgemeinschaft der süddeutschen Ortsgruppen des Bundes „Saarverein“.** Am 21. Mai d. J. fand in Heidelberg eine Besprechung von Vertretern verschiedener süddeutscher Ortsgruppen des Bundes „Saarverein“ statt, bei der beschlossen wurde, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Saarvereine zusammenzuschließen. Die Arbeitsgemeinschaft soll, ohne Beeinträchtigung der Selbstständigkeit der einzelnen Ortsvereine, dazu dienen, eine engere Zusammenarbeit und Fühlung der Süddeutschen Saarvereine herbeizuführen. Durch Austausch von Anregungen und gegenseitige Unterstützung bzw. Arbeitsteilung in den größeren Aufgaben wird eine wesentliche Förderung der Vereinsarbeit und deren ökonomischere Ausgestaltung erhofft, was in hohem Maße in allgemeinem Interesse liegt, da die Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Saargebiet gegenwärtig zu den wichtigsten Tagesfragen gehört. Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft hat die Württ. Saarvereinigung, Sitz Stuttgart, Kanzleistraße 35, welche eine Ortsgruppe des Bundes „Saarverein“ ist, mit ausdrücklichem Einverständnis mit dem Bundesvorstande, übernommen, auf der ersten Anregung ist auch der Zusammenschluß zurückzuführen. Interessenten seien im übrigen auf die unter obiger Adresse befindliche Auskunft- und Beratungsstelle der Württ. Saarvereinigung, Sitz Stuttgart, noch besonders hingewiesen.

Der Bund „Saarverein“, Ortsgruppe Frankfurt a. M., hielt am Montag, den 15. Mai d. Js., abends 8 Uhr, im Lokale „Hotel Löwenbräu“, Gr. Gallusstr. 17, 1. Stock, unter sehr starker Beteiligung eine außerordentliche Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 2. Rechnungsabnahme für die vergangenen Geschäftsjahre. 3. Neuheftsetzung der Jahresbeiträge. 4. Bericht über den am 7. Mai d. Js. stattgefundenen Verbandstag. 5. Entgegennahme fälliger Jahresbeiträge. 6. Verschiedenes. Nach Bestätigung der Vorstandswahl und der Wahl des Werbeausschusses erfolgte die Rechnungsabnahme für die vergangenen Geschäftsjahre. Sie wurde in zufriedenstellender Weise erstattet und Entlastung erteilt. Die Neuheftsetzung der Jahresbeiträge wurde so geregelt, daß zunächst als Jahresbeitrag 25 M. erhoben werden, während Studenten und Jugendliche nur 5 M. für das Jahr zu zahlen brauchen. Der 1. Vorsitzende, Herr Redakteur Lillig, erstattete sodann in sehr interessanter Weise den Bericht über die zweite Tagung des Bundes „Saarverein“ in Dortmund am 6. und 7. Mai d. Js. Die Aussprache unter „Verschiedenes“ bewegte sich auf den verschiedensten Gebieten innerer Vereinstätigkeit, die Bestellung von Bundesabgeordneten, Saarbrücker Kriegschronik, Saarwerbemarken, die Auflegung der Werbelisten, Arbeitsgemeinschaft mit der Württembergischen Saarvereinigung in Stuttgart und vielen anderen wichtigen Dingen. Ganz besonders hervorgehoben wurde seitens der erschienenen Vereinsmitglieder, dem „Saar-Freund“ das größte Interesse entgegenbringen und dafür sorgen zu wollen, daß diese gutgeleitete Zeitschrift eine möglichst große Verbreitung finden möge. Als Vereinslokal wurde das Restaurant „Löwenbräu“, Gr. Gallusstr. 17, gewählt, wo jeden Montag abend 8 Uhr der Treffpunkt der Mitglieder und Freunde des Bundes „Saar-Verein“ ist. In die Frankfurter Ortsgruppe ist ein junger, frischer Geist eingezogen, der eine schöne und gedeihliche Entwicklung erhoffen läßt. Alle Saarbrücker, aber auch alle sonstigen deutschen Männer und Frauen, welche sich für die Not des Saargebietes interessieren, werden gebeten, Mitglied werden zu wollen. Der Frankfurter Ortsgruppe ein herzliches Glück auf!

Rundgebung des „Saar-Vereins“, Ortsgruppe Erle. Ein Sommerfest benutzte die Ortsgruppe Erle dazu, um ihre Freunde von der Saar zusammenzurufen. Der Festredner des Abends, Karl Ommert-Berlin, von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, legte in seinen Ausführungen eingehend die Gründe des Festes und die Ziele des „Saar-Vereins“ dar. Er wies auf die Mittel des „Saar-Vereins“ und der ihm angeschlossenen Ortsgruppen im ganzen Deutschen Reich hin, mit denen sie arbeiten müßten, um unsere Brüder und Schwestern während der langen Zeit der Entsagung und der Bedrängnis aufrecht und widerstandsfähig zu erhalten. Redner schilderte die Leistungen des Unterstützungsausschusses der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und hob hervor, daß schon außerordentliche Leistungen in dieser Richtung vollbracht wurden. Tausenden, die die Hilfe des „Saar-Vereins“ in Anspruch nahmen, wurde Hilfe gebracht. Nur die Beschränkung der

zur Verfügung stehenden Mittel verboten es, um größere durchgreifendere Hilfe bringen zu können, da diese Mittel lediglich aus privaten Sammlungen aufgebracht werden müssen. Er richtete einen Appell an die Volksgenossen im unbefestigten Deutschland, die vielfach gar nicht daran denken, was die Brüder und Schwestern an der Saar als Prellbock für das deutsche Vaterland zu leiden haben, die gar nicht daran denken, welches Pfandobjekt das Saargebiet durch den unglücklichen Frieden geworden ist. Diese Volksgenossen des unbefestigten Deutschland bringen das nötige Verständnis nicht auf, zu erkennen, welche hohen idealen, nationalen und wirtschaftlichen Werte auf dem Spiele stehen. Sie denken zu engstirnig und zu eigennützig, um zu erfassen, wie notwendig es ist, das Geschick unseres lieben teuren Saargebietes und seiner treuen deutschen Bevölkerung zu begreifen.

Es war eigentlich ein Lichtbildvortrag vorgesehen, aber die Darbietungen der Musik und, was nicht vergessen werden darf, die Leistungen des Sängerkorps, der sich aus Mitgliedern des „Saar-Vereins“ der Ortsgruppe Erle gebildet hat, boten so Manigfaltiges, daß dieser Vortrag ausfallen konnte. Es wäre außerordentlich zu begrüßen, wenn unsere Beamten von Erle auch in Zukunft sich gleich des jetzigen Ehrenvorsitzenden Monbiniets unserer Sache mehr annehmen würden. Der Saarsache darf niemand fernstehen, will er sich nicht schuldig machen an dem „Zu wenig“, was noch immer für das Saargebiet geschieht. Heute schon gilt es, die Abstimmung vorzubereiten, mit Rücksicht darauf, daß Frankreich schon heute daran arbeitet, das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen! Oberschlesien muß die ständige Mahnung für jeden deutschen Volksgenossen sein. Das Saargebiet muß deutsch bleiben, wie es trotz französischer Lügen immer deutsch war.

Die Ortsgruppe Gladbeck hält am 15. Juni 1922, nachmittags 7 Uhr, bei Wirt Aug. Mey eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Vorstand lädt die Mitglieder zu zahlreichem Besuch ein.

Am 1. Juli

beginnt ein neues Bezugs-Vierteljahr für den

„Saar-Freund“.

Man bestelle rechtzeitig bei der Post, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt. Daneben sollte jeder „Saar-Freund“-Leser es sich zur Ehrenpflicht machen, bis zum 1. Juli

3 neue „Saar-Freund“-Leser

und damit drei neue Kämpfer für das Saargebiet zu werden. Das Saargebiet erwartet unsere Hilfe, es hat ein Recht dazu.

Der „Saar-Freund“ kostet 6,— Mark im Monat.

Bund „Saar-Verein“ / Ortsgruppe Berlin

Seit einiger Zeit besteht ein

Saarbrücker Stammtisch

im „Klausner“, Berlin W., Krausenstraße 64.

Allwöchentlich Donnerstags abends treffen sich hier Saarbrücker und alle sonstigen dem Saargebiet nahestehenden Persönlichkeiten

„am runde Tisch hinne in de hinnerescht Stubb im Eck.“

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. W. D. Jaensch, Charlottenburg.

Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag G. m. b. H., Berlin SW. 11.